

### Umstellung der Sowjet-Industrie

Moskau (TASS). Die Sowjet-Industrie fährt mit der Umstellung auf Zivilproduktion fort. Unternehmen, die vor dem Krieg Verbrauchswaren produzierten, haben ihren Vorkriegsproduktionsstand erreicht oder sind dabei, ihn zu erreichen.

Das Volkskommissariat für Panzer-Industrie ist aufgelöst. Seine Werke sind dem neu eingerichteten Kommissariat für Transportmaschinenindustrie unterstellt. Werke, die Panzer gebaut hatten, produzieren jetzt rollende Material für Eisenbahnen, Lokomotiven, elektrische Maschinen, Wagen. Die meisten Werke des Volkskommissariats für Granatwerfer-Industrie stellen jetzt Textilmaschinen, Straßenbaumaschinen usw. her. Viele Flugzeugfabriken erzeugen heute Fahrräder, Wirtschaftsräder und verschiedene Arten von Verbrauchswaren. Eine Anzahl von Fabriken der schweren Geschütz-Industrie hat mit der Herstellung von Ausrüstung für die Öl-Industrie usw. begonnen. Das Volkskommissariat für Munition ist aufgelöst und das Volkskommissariat für Landwirtschafts-Maschinenbau, das vor dem Krieg nicht bestanden hat, an seine Stelle gesetzt worden.

Die Deutschen hatten landwirtschaftliche Maschinen und Traktoren zerstört oder fast da besetzten sowjetischen Gebieten fortgeführt, die Traktorenwerke in Charkow und Stalingrad, die Werke für Erntegeräte in Rostow und Saporožje und viele andere landwirtschaftliche Maschinenfabriken demoliert.

### Neuartiges Mähgerät

Potsdam (SNB). Zu den Maschinen, die bei den ländlichen Besuchern der Industrie- und Gewerbeausstellung in Potsdam besonderes Interesse finden, gehört eine neuartige Mähmaschine mit Handbetrieb, die von der G. Keager A.-G. in ihrem Werk Vetschau hergestellt wird. Dieses Gerät eignet sich besonders für den Siedler und Kleinbauern. Seine Hauptvorzüge bestehen nach Ansicht vieler Bauern darin, daß es leicht zu handhaben ist und direkt angefahren wird. Der Mäher schiebt bei der Arbeit das Gerät vor sich her. Die Nachfrage nach dieser Neukonstruktion ist reg.

## Neue Bestimmungen im Postverkehr

### Päckchen- und Paket-Sendungen sind wieder zugelassen

(SNB) Die Zentralverwaltung für das Post- und Fernmeldewesen teilt mit:

Der Postverkehr innerhalb der sowjetischen Besatzungszone wird in den nächsten Tagen um einen wichtigen Dienstleistung erweitert. Ab Mittwoch, dem 20. Februar 1946, werden zur Beförderung zugelassen:

1. gewöhnliche (nicht eingeschriebene) Päckchen bis 2 kg.
2. gewöhnliche Pakete bis 5 kg.

Nicht zugelassen sind Postgut „Dringend“, Eilzustellung, versiegelte und unversiegelte Wertpapiere sowie Sprengt. Verboten ist der Versand von Waffen aller Art, Sprengstoffen,

leicht entzündlichen Gegenständen, starken Giften, Säuren und anderen Ätzmitteln. Schriftliche Mitteilungen sind wieder in den Päckchen und Paketen nach auf den Paketkartenabschnitten erlaubt. Die bisherigen Beförderungsbühren werden verdoppelt.

Wertbriefe dürfen künftig nur noch offen und zur doppelten Gebühr aufgefertigt werden. Die Wertangabe ist auf 1000 RM, das Gewicht auf 1 kg beschränkt. Deutsche und ausländische Zahlungsmittel sowie private Mittelungen können in Wertbriefen nicht versandt werden.

Für den Verkehr von und nach Berlin gelten vorstehende Bestimmungen noch nicht.

### Der heftigste Sturm seit 100 Jahren

London, 19. Februar (SNB). Nach einem englischen Rundfunkbericht wälte über Mittel-Europa in den letzten Tagen ein heftiger Sturm. Ausgedehnte Schäden wird gemeldet. In Budapest stürzte eine Reihe bombenbeschädigter Häuser zusammen. Mehrere Personen wurden verletzt und Verkehrsunfälle verursacht. Wie erlebte gestern den heftigsten Sturm seit 100 Jahren. Bisher wurden vier Todesfälle gemeldet.

### Iranische Delegation in Moskau

Teheran (SNB). Nach Reuters Bericht flog der iranische Ministerpräsident Kawan El Sultanah mit seinen politischen und wirtschaftlichen Beratern nach Moskau. Vor seiner Abreise sprach er im Medschlis (Parlament) Sultanah versprach „eine neue Seite im Buche der Beziehungen zur Sowjetunion“. Er drückte die Hoffnung aus, daß seine Reise die freundschaftlichen Beziehungen zur Sowjet-Union auf der Grundlage der Gleichheit aufrechterhalten würde.

### Sarawak will nicht englisch werden

Singapur (SNB). Laut einer Meldung der Associated Press hat der Nationalrat von Sarawak bei G. H. Hall, dem Staatssekretär für die Kolonien, gegen die Abtretung von Sarawak an Großbritannien protestiert und beabsichtigt, zu verlangen, daß sein Fall dem Unterhaus zur Kenntnis gebracht werde.

Tokio (SNB). Am 31. März werden in Japan Reichstagswahlen stattfinden.

## Frühjahrsbestellung

### Die entscheidende Lebensfrage für das ganze deutsche Volk

Die rechtzeitige und planmäßige Frühjahrsbestellung ist zur Sicherung der Ernährung unseres Volkes von allergrößter Bedeutung. Nur noch wenige Wochen trennen uns von der Durchführung dieser Aufgabe. Wenn es schon im vergangenen Jahr dank der anerkennenswerten Arbeit und Leistung unserer Bauern durch die tatkräftige Mithilfe der Stadtbevölkerung gelang, die Ernte zu bergen und damit den drohenden Hunger abzuwenden, so steht jetzt vor uns die Aufgabe, durch einen erweiterten und planmäßigen Anbau der Voraussetzung dafür zu schaffen, daß bei der diesjährigen Ernte höhere Erträge erzielt werden und damit die Ernährung des Volkes auf eine sichere Grundlage gestellt wird. Diese große lebenswichtige Aufgabe kann aber nicht allein durch erhöhten Arbeitsinsatz unserer Bauern bewältigt werden, sondern es bedarf dazu des Einsatzes und der freudigen Mitarbeit aller Kräfte in Stadt und Land.

Bauern und Arbeiter, Techniker und Wissenschaftler, die Gewerkschaften und Genossenschaften, die Ausschüsse der gegenseitigen Bauernhilfe, die Parteien und ihre Presse, Schulen und Kirchen — alle schöpferischen Kräfte des Volkes müssen mitarbeiten, um der Frühjahrsbestellung trotz aller Schwierigkeiten zu einem großen Erfolg zu verhelfen.

Zu dieser großen Tat der brüderlichen Zusammenarbeit zwischen der Stadt- und Landbevölkerung rufen die vier antifaschistisch-demokratischen Parteien auf, bei der die wichtigsten und unteilbarsten Aufgaben sind:

1. Planmäßige und organisierte Vorbereitung und Durchführung des Frühjahrsanbaues auf Grund der Verfügungen, Anweisungen und Anbaupläne der Zentral-, Landes- und Provinzialverwaltungen;
2. tatkräftige Mithilfe an der Einsatzbewirtschaftung aller landwirtschaftlichen Maschinen, Geräte und Zugkräfte. — Steigerung der Produktion von Düngemitteln, landwirtschaftlichen Geräten, Maschinen und Ersatzteilen durch Handwerk und Industrie. Erhöhung der Zahl der Reparaturkolonnen, der Einsatztrupps

- und Bauzüge und ihren planmäßigen Einsatz in den Landgemeinden;
3. selbständige Bewirtschaftung des Bodens durch die Neubauern und ihre Unterstützung durch die Altbauern sowie durch die Maschinen- und Geräteausstellungen bei den Ausschüssen für gegenseitige Bauernhilfe und ferner durch Hilfe bei der Herstellung von Wohn- und Wirtschaftsgebäuden und der Beschaffung von landwirtschaftlichem Gerät, Düngemitteln, Saatgut usw. — Sicherung der Durchführung des Frühjahrsanbauplans und seine Umsetzung auf jeden Bauernhof durch die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe in jedem Dorf. — Die besten Fachkräfte und Berater in die Bauernauschüsse;
4. stärkste Förderung und Ausbau der landwirtschaftlichen Genossenschaften zur Beschaffung von Krediten, Saatgut, Schmieröl, Treibstoff und Düngemitteln;
5. verstärkte Aufklärung über die Notwendigkeit der Durchführung des Viehausgleichs aus den kriegsverschonten in die kriegsverschonten Gebiete, aus den sichereren in die viehärmeren Länder, Provinzen, Kreise und Gemeinden.

Wertkräfte in Stadt und Land! Bauern, Arbeiter, Handwerker, Ingenieure, Männer, Frauen und Jugendliche aller Berufe! Hilft alle mit, durch die rechtzeitige und planmäßige Frühjahrsbestellung die Lebensmittelversorgung unseres Volkes sicherzustellen. Nicht ein Stückchen Boden darf in diesem Frühjahr unbebaut bleiben. Die Frühjahrsbestellung 1946 muß zur Sache unseres ganzen Volkes werden.

- Kommunistische Partei Deutschlands  
gez. Wilhelm Plick
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands  
gez. Otto Grotewohl
- Christlich-Demokratische Union Deutschlands  
gez. J. Kaiser
- Liberal-Demokratische Partei Deutschlands  
gez. W. Külz

### Statistik der Handelsflotten-Tonnage

Washington (SNB). Aus Washington wird gemeldet: Der statistische Dienst des amerikanischen Marineauschusses stellte die Ziffern der verschiedenen Handelsflotten zusammen. Die Vereinigten Staaten besaßen danach im Jahre 1939 eine Handelsflotte von 12 100 000 Tonnen Wasserverdrängung. Nach dem intensiv durchgeführten Kriegsbauprogramm verfügen die Vereinigten Staaten jetzt über 56 600 000 Tonnen Handelschiffraum, also fast fünfmal soviel wie vor dem Kriege.

Dagegen verringert sich die Tonnage der Handelsflotte des britischen Imperiums von 23 300 000 auf 19 600 000 Tonnen. Auch die anderen Länder wurden schwer durch den Krieg mitgenommen. So besaß Frankreich im Jahre 1939 2 900 000 Tonnen gegen 1 300 000 Tonnen im Jahre 1945.

### „Raus aus Indien“

Bombay (SNB). Wie Reuter meldet, brachen etwa 1000 indische Marineangehörige, die in der Marinekaserne von Bombay in den Streik getreten sind, in Rufe aus: „Raus aus Indien!“

Tokio (SNB). Die Agentur France-Press meldet, daß William Flood Webb an Stelle von MacArthur zum Vorsitzenden des internationalen Gerichtshofes in Tokio ernannt wurde.

## Um die italienischen Kolonien

Washington (TASS). In Beantwortung von Fragen eines der Korrespondenten erklärte Staatssekretär der USA, Byrnes, auf der Pressekonferenz, daß, soweit es ihm bekannt ist, die Sowjetunion ihren Widerstand gegen den Vorschlag der Vereinigten Staaten über die gemeinsame Treuhänderschaft über die vier italienischen Kolonien noch immer nicht aufgegeben hat. Byrnes wies darauf hin, daß Frankreich bei der Tagung des Rates der Außenminister im September vorgeschlagen hatte, daß Italien der Treuhänderschaft der Kolonien werden soll, während England die Beibehaltung des Status quo vorschlug, bis die Großmächte einen Plan der Treuhänderschaft ausgearbeitet haben unter der Bedingung, daß Italien sein Einverständnis gibt, wanz auch der Plan der Großmächte ausgearbeitet werden würde.

Auf die Frage, ob die Sowjetunion Einzeltruhänder einer der Kolonien zu werden wünscht, antwortete Byrnes bejahend und sagte,

daß die Sowjetunion wünschen würde, Tripolis unter ihre Treuhänderschaft zu nehmen. Auf die Frage über die Stellungnahme der Sowjetunion hinsichtlich anderer italienischer Kolonien antwortete Byrnes, daß die Sowjetunion bereit wäre, diese Frage mit anderen Mächten zu besprechen, aber an Tripolis interessiert sei.

### Graziani ausgeliefert

Rom (TASS). Pressemeldungen zufolge haben die englisch-amerikanischen Behörden den ehemaligen faschistischen Marschall Rodolfo Graziani den Italienschen Behörden übergeben. Graziani wurde im Gefängnis auf der Insel Procida bei Neapel untergebracht, wo er bis zur Gerichtsverhandlung bleibt. Auch der ehemalige Generalleutnant der faschistischen Miliz, Mario Mezzetti, ist den italienischen Behörden ausgeliefert worden. Fünf andere ehemalige Generale der faschistischen Miliz, die vor kurzem aus der Gefangenschaft zurückgeführt sind, wurden in Neapel verhaftet.

## Marschall Shukow

Marschall G. K. Shukow, der Oberste Chef der Sowjetischen Militärverwaltung für das sowjetisch besetzte deutsche Gebiet, ist bei den Wahlen in der Sowjetunion, die am 10. Februar stattfanden, zum Abgeordneten des Obersten Sowjets der UdSSR gewählt worden. Wir bringen nachstehend seine Biographie.

Georgij Konstantinowitsch Shukow wurde am 2. Dezember 1896 im Dorfe Strelkowska, Bezirk Ugodskow-Sawodskij, Kaluga-Gebiet, wo der große Kutusow im Jahre 1812 Napoleon einen glänzenden Lektion erteilt hat, als Sohn eines armen Bauern geboren. Nach dem Tode des Vaters war es schwer für die Mutter, die Familie zu unterhalten, und Georgij Konstantinowitsch kam als elfjähriger Junge zu einem Kürschnermeister in die Lehre.

1914 wird er in die Armee eingezogen, kommt in das Nowgoroder Dragonerregiment und bald darauf an die Front. Für Tapferkeit und hervorragende Leistungen im Kampfe wurde G. K. Shukow mit zwei St.-Georgs-Kreuzen und zwei Medaillen ausgezeichnet. Während der Februarrevolution 1917 wählten ihn die Soldaten des Marschallbataillons als Delegierten zum sowjetischen und Vorsitzenden des Bataillonkomitees.

Im Jahre 1918 tritt Shukow in die Reihen der Roten Armee ein, und zwar in die Erste Moskauer Kavalleriedivision. Nach und nach durchläuft er alle unteren Dienstgrade und nimmt zusammen mit der Kavalleriedivision an den Gefechten an der Ostfront teil, wo er verwundet wird.

Nach der Genesung wird er zu einem Offizierskursus entsandt. Doch die Lage an der Front ließ es nicht zu, daß er den Kursus beendet. In der Brigade bekleidete er die Posten des Hauptwachtmeisters, des Zugführers und schließlich des Schwadronenführers.

Der Kommunistischen Partei (Bolschewiki) tritt Shukow im Jahre 1919 bei.

Nach der Niederschlagung der Armeewrangelbewegung ergriff er an der Zerstörung der Banden Kolesnikows, Swerows, Antonows und anderer.

In der Zeit von 1923 bis 1929 ist Shukow Kommandeur des 39. Kavallerieregiments im Verbands der 7. Kavalleriedivision, eines Regiments, das sich immer beispielhaft auszeichnete, auch bei Besichtigungen in diesen Jahren beendete Georgij Konstantinowitsch die Vervollkommnungskurse für Kommandeure und einen Kursus an der Kriegsakademie. Von 1930 bis 1931 ist Shukow Kommandeur einer Kavalleriebrigade, im Jahre 1931 wird er stellvertretender Inspektor der Kavallerietruppen der Roten Armee, und von 1932 bis 1937 ist er Kommandeur der 4. Kosakendivision. Für hervorragende Kampfausbildung des Personalbestandes der Division wurde er mit dem Lenin-Orden ausgezeichnet. 1937 und 1938 ist er Kommandeur des 6. Stalin-Korps der Kosakentruppen, während er 1939 stellvertretender Oberkommandierender der Truppen des Bjeleorussischen Militärkreises wird.

Als im Jahre 1939 die Japaner die Mongolische Volksrepublik überfielen, um im Raume des Flusses Chalchin-Goal einen Teil des Territoriums zu erobern, den sie für einen Ueberfall auf die Sowjetunion brauchten, wurde Shukow zum Kommandeur der sowjetisch-mongolischen Truppen ernannt. Als Kommandeur der Truppen der 1. Armeegruppe hat Shukow die Vernichtungsoperation zur Einkesselung und Vernichtung der 6. Japanischen Armee glänzend vorbereitet und durchgeführt. Für diese hervorragende Operation bei Chalchin-Goal wurde Shukow der Titel eines „Helden der Sowjetunion“ verliehen.

Im Jahre 1940 wird er zum Kommandeur der Truppen des Kiewer Sondermilitärkreises ernannt und als Stellvertreter Volkskommissar für die Verteidigung und Chef des Generalstabes der Roten Armee eingesetzt.

Am 23. Juni 1941, am zweiten Tage des Großen Vaterländischen Krieges, begibt sich Georgij Konstantinowitsch im Auftrage Stalins nach der Ukraine, um dem Oberkommando der ukrainischen Front bei der Beseitigung des deutschen Durchbruchs bei Brody beizustehen. Der durchgeführte Gegenangriff russischer Tankkorps machte die südliche Hauptgruppierung der Deutschen für längere Zeit gefechtsunfähig.

An der Westfront entstand eine schwere Lage. Nachdem die Deutschen Smolensk und Roslawl erobert hatten, hatten sie einen Keil im Raume von Jelnja gebildet, um daraufhin einen Schlag gegen Wjasma und Moskau zu führen. Stalin befahl ihm, diesen gefährlichen Einbruch zu beseitigen, und die deutsche Kräftegruppe bei Jelnja zu zerschlagen. Als Ergebnis der von Shukow durchgeführten Operation wurden zehn Divisionen der Deutschen zerschlagen, der Feind zum Stehen gebracht und zurückgeworfen.

Im September 1941 entsteht eine schwierige Lage in der Ukraine und an der Leningrader Front. Stalin berief Shukow zu sich, erklärte ihm die Lage an den Fronten und machte den

Vorschlag, entweder nach der Ukraine oder nach der Leningrader Front zu fahren. „Wo hin würden Sie fahren?“ „Wo ist die Lage schmerzlicher?“ „In Leningrad.“

Also begab sich Shukow nach dem von den Deutschen umzingelten Leningrad. Zusammen mit Sdanow arbeitet er eine Reihe von Maßnahmen zur Befreiung der Verteidigungsanlagen der Stadt aus. Die gesamte Marine- und Flakartillerie wird zum Kampf gegen die deutsche Infanterie und die Panzer eingesetzt. Tag und Nacht wird fiberhört an der Organisation der Volkswirtschaften, der Schutzdivisionen gearbeitet, die aus Kriegsschulen und Kriegsakademien formiert wurden; es entstehen Brigaden der Marineflottilien, die in der Verteidigung der Festung zum Stehen gebracht, dem eine solche war die Stadt Leningrad stets geblieben.

Die Hiltlerhorden stürmten nach Moskau. Über der Hauptstadt der Sowjetunion schwebte tödliche Gefahr. So dacht sich die Deutschen vor der Sowjethauptstadt, daß man in der Stadt des Nachts den Kanonendonner höre. Da fällt Stalin Wahl abernials auf Shukow. Er wird zum Oberkommandierenden der Westfront ernannt. Ihm wird die Verteidigung von Moskau übertragen. Der deutsche Druck war äußerst stark, und es gab eine Situation, da Shukows Stab in einem Dorfe vor Moskau von deutschen MP-Schützen beinahe umzingelt war. Die Kämpfe waren äußerst erbittert. Shukow bewältigte diese Aufgabe vorzüglich. Die Truppen brachen unter seiner Leitung nicht nur die Deutschen vor Moskau zum Stehen, sondern gingen auch zum ersten großen Angriff der Roten Armee über, als dessen Ergebnis die Deutschen um 100 bis 300 km von Moskau zurückgeworfen wurden.

Im August 1942 löst General Konstantinowitsch als Vertreter des Oberkommandos der Roten Armee und Stellvertreter Oberkommandierender nach Stalin, um die Operationen der Stalingrader und der Donfront zu koordinieren. Im Auftrage Stalins führte er die Einkreisungs- und Vernichtungsoperation gegen die deutschen Truppen bei Stalingrad durch. Hier leitete er eine bemerkenswerte Operation, die zur späteren Zerschmetterung der deutschen Armee führte. Bemerkenswerterweise verteidigte Shukow vor genau dreißig Jahren an derselben Stelle Zarizyn gegen die Weißgardisten. Damals war ein einfacher Soldat, jetzt kämpft er vor Stalingrad als bekannter Heerführer, als militärischer Stellvertreter des großen Stalin. Gleichzeitig bereitete er die Operationen an der Woroneschfront vor und fliegt dann nach Leningrad, um einen Durchbruch durch die deutsche Blockade zu organisieren. Diese Aufgabe hat er erfolgreich bewältigt, wofür ihm der Dienstgrad eines Marschalls der Sowjetunion verliehen wurde.

Seit Stalingrad begann der große strategische Vormarsch der Roten Armee. Es folgten die Operationen von Orel und Bielegorod—Kursk, die Befreiung von Charkow, Poltawa, Kiew und Kriwoj Rog.

Zu Beginn des Jahres 1944 übernimmt Shukow die Führung der Ersten Ukrainischen Front und führt die Operation der Spaltung der südlichen „Krafftgruppe“ der Deutschen durch.

An der Shtilmitzstraße nahe Kiew tobten erbitterte Kämpfe. In seinem bewohnten Lederzelt und hoher Persienemütze, umringt von Soldaten, planterte er lebhaft über private Angelegenheiten trotz der in anderthalb Kilometer Entfernung stattfindenden Kämpfe; der Marschall erkundigte sich bei den Soldaten ersahend über die Uniform, über die Ernte und das Leben zu Hause.

Für jemanden, der Marschall Shukow nicht näher kennt, erscheint er auf dem Photo rauh, verbohrt und unnahbar. In Wirklichkeit ist er ein schlechter, mittelgroßer Mensch mit lebhaftem, forschendem Gesicht. Diese Art von unumgänglichem, hilfsbereitem Charakter.

Als Vertreter des Oberkommandos der Roten Armee nimmt Shukow im Sommer 1944 an der praktischen Ausarbeitung und Durchführung des Stalin-Planes zur Befreiung Bjalorusslands teil.

Das Feldherrentalent Shukows entfaltet sich in diesen Tagen in seiner ganzen Größe: er wirft Riesenmassen von Sowjetpanzern und Flurzeugen in den Kampf, treibt hintereinander gewaltige Keile in die deutsche Abwehr und erinnert den entscheidenden taktischen Erfolg. Shukow hält ständig die Initiative in seinen Händen und organisiert geschickt die Zusammenwirkung aller Waffengattungen; mit gewaltigen Schlägen vernichtet er alle Versuche der Deutschen, den Angriff der Roten Armee aufzuhalten.

An der Weichsel ist Marschall Shukow Kommandeur der Ersten Bjalorussischen Front. Tag und Nacht arbeitet er angepöndt an der Vorbereitung der Warschauer Operation. Persönlich studiert er das Gelände, um die Errichtung für den ersten Schlag wählen zu können, dringt bis ins kleinste in die Fragen der Gefechtsorganisation und des Zusammenwirkens der Truppenabteilungen ein, erwägt die starken und schwachen Seiten der Truppen und verfertigt sorgfältig die sichere Tarnung der Truppenansammlungen und die Geheimhaltung des plötzlichen Schlages.

Die sorgfältige Vorbereitung der Operation hat glänzende Erfolge gezeitigt. Die starke und tiefenstaffelte Verteidigung des Gegenders wurde in kurzer Zeit zerstört, die Neunte deutsche Armee erschlagen und die Truppen der Zehnten deutschen Armee in das Gebiet Polens, traten an die Oder heran und bildeten am Westufer des Flusses Brückenköpfe für den entscheidenden Schlag gegen Berlin. Zur gleichen Zeit führt Marschall Shukow glänzend die Operation zur Zerschmetterung einer der besten Krafftgruppen des Gegenders in Pommern durch, die die Truppen der Front mit einem Schlag aus nördlicher Richtung in die Tiefe der Flanke bedrohten, indem er den Einsatz der Panzerarmeen und der Reserven rechtzeitig zur Wirkung brachte.

Im Großkampf um Berlin verwendet Marschall Shukow ebenfalls meisterhaft die Me-

# Die Massenmorde in Rußland

Der amtliche Bericht eines deutschen Offiziers

## Der Nürnberger Prozeß

Nürnberg, 18. Februar (SNB).

In der heutigen Vormittagssitzung ereignet der sowjetische Ankläger, Oberst Smirnow, das zweite große Aufsehen durch den Nachwort gegen die friedliche Bevölkerung fortzusetzen.

Er berichtet über die Ergebnisse der gerichtsmedizinischen Untersuchung der 102 000 Leichen von Zivilisten und Kriegsgefangenen in Rowno und Umgebung und wendet sich schließlich dem Fall Lidice zu.

Das Schicksal des Dorfes Lidice hat sich in hunderten und aber hunderten Fällen in der Sowjetunion wiederholt.

Hier das Zeugnis eines Deutschen über eine derartige Massenexekution. Es handelt sich um einen Brief des stellvertretenden Kommandierenden des 9. Armeekorps und Befehlshaber im Wehrkreis IX, datiert aus Kassel, den 17. Januar 1942: „Auf Grund umlaufender Gerüchte über Massenexekutionen in Rußland bin ich dem Ursprung nachgegangen, da ich sie für weit verbreitet hielt. Anlässlich überwiegt ich einen Bericht des Majors Roseler, der die Gerüchte in vollem Maße bestätigt. Wenn solche Handlungen in dieser Öffentlichkeit stattfinden, wird es nicht zu vermeiden sein, daß sie in der Heimat bekannt und kritisiert werden. Gez. Unterschrift.“

In diesem Bericht heißt es a. a. S.: Die mir vom Inf.-Regt. 12 vorgelegte Angelegenheit „Verhalten gegenüber der Zivilbevölkerung im Osten“ gibt mir Veranlassung, das folgende zu berichten:

Ende Juli 1941 befand sich das damals von mir geführte Inf.-Regt. 528 auf dem Wege von Westen nach Shtimor, wo es eine Rastunterkunft beziehen sollte. Als ich mit meinem Stab am Nachmittag das betreffende Anknüpfungsmein Stabsquartier bezogen hatte, hörten wir aus nicht allzuweiter Entfernung in regelmäßigen Abständen Gewehrsalven, denen nach einiger Zeit Pistolenschüsse folgten. Ich be-

schloß, dieser Erschütterung nachzugehen. Als wir den Bahndamm erklettert hatten, bot sich jenseits dieses Damms ein Bild, dessen grausame Abscheulichkeit auf den unvorbereitet Herantretenden erschütternd und abschreckend wirkte. In die Erde war ein etwa 7 bis 8 m langer, vielleicht 4 m breiter Graben gezogen, dessen aufgeworfene Erde auf der einen Seite aufgeschichtet war. Diese Aufschichtung und die Grabenwand war vollständig mit Strömen von Blut besudelt, die Grube selbst war mit zahlreichen menschlichen Leichen bedeckt. Das Gesichtes gefüllt, so daß ihre Tiefe nicht geschätzt werden konnte. Hinter dem aufgeschütteten Wall stand ein Polizeikommando, das von einem Polizeioffizier befehligt wurde. Die Uniformen dieses Kommandos wiesen Blutspuren auf.

In weitem Umkreis ringsherum standen unzählige Soldaten der in der Nachbarschaft liegenden Truppteile, teilweise als Zuschauer, ebenso zahlreiche Zivilisten mit Frauen und Kindern. Ich habe mir daraufhin durch ganz dichtes Herantreten an den Graben ein Bild verschafft, das ich bis heute nicht vergessen konnte. In diesem Grab lag ein alter Mann mit einem weißen Vollbart, der über seinen linken Arm noch ein kleines Speerstückchen hingehängt hatte. Da dieser Mann noch durch stehendes Almen Lebendzeichen von sich gab, erhebe ich mich, um den Resten ihn endgültig zu töten. Vorher diese mir mit lachender Miene sagte: „Dum habe ich schon siebenmal was in den Leib gegagt, der kreiert schon von alleine.“ Die in dem Grab liegenden Toten wurden nicht besonders zweckmäßig, sondern einfach nur, wie man nach dem Schuß heruntergefallen waren, liegen.

Sämtliche dieser Leute wurden durch Genickschüsse erschossen und anschließend von oben her mit Pistolenschüssen erledigt. Ich erwähne noch, daß nach Aussagen von Soldaten, die diese Hinrichtungen öfters ansahen, täglich mehrere hundert Menschen erschossen worden sind.“

## Kinder lebendig ins Grab geworfen

Nürnberg (SNB). Oberst Smirnow leitet seine Darstellung der an Kindern begangenen Verbrechen mit dem Himmelwort ein: „Wir Deutschen sind das einzige Volk, das Tiere gut behandelt.“ Im Gegensatz dazu wurden die Kinder in einer noch brutaleren Weise als die Erwachsenen mißhandelt. Der sowjetische Ankläger tritt hierfür mit Tatsachen den Beweis an.

Da ist die Zeugnisaussage des Sowjetbürgers Bespalow über eine Massenhinrichtung: „Mit herzerreißendem Geschrei rannten mehrere Frauen den Henkern entgegen, die sie aus Revolvern beschossen. Vor Schreck und Trauer wie von Sinnen, liefen die Frauen hin und her, um die Kinder zu retten. Aber die Gestapoleute rissen sie ihnen weg, packten die Kleinen an den Armen oder Beinen und warfen sie lebendig in die Grube. Wenn die Mütter ihnen nachlaufen wollten, wurden sie erschossen.“

Am 29. September 1941 trieben die Nazibanden eine Gruppe von 144 Kindern in die Grube zu werfen und erschossen sie. Zeugen bekunden, daß die kleinen Kinder lebendig in die Grube nachgeworfen wurden. Im Gefängnis von Riga ermordeten die Nazibanden 2000 Kinder und im Salaspilsky-Gefängnis töteten sie über 3000 Kinder.

Noch heute mahnen die Inschriften, die die unglücklichen Mütter in die Mätern dieser Leidensstätte ritzen, die Welt: „Frauen der Welt, erinnert euch und gedenkt der Grausamkeiten, die im 20. Jahrhundert an unseren Kindern verübt worden sind.“

Kindergärten, Kindererholungsstätten, Schulen wurden systematisch überfallen, und ihrer jungen Bewohner beraubt. Sie wurden in die Kinder nicht lebendig „liquidiert“. „Oft sah ich“, so erzählt ein Zeuge aus dem Janowski-lager —, „wie die Deutschen die Kinder bei den Füßen packten, sie zerrissen und ins Feuer warfen.“

Die Deutschen hielten es nicht für nötig, nachdem sie die Eltern ermordet hatten, für die Kinder Munition zu opfern. Wenn sie die Kinder nicht lebendig ins Grab warfen, ermordeten sie diese mit einem schweren Gegenstand oder indem sie die Kinder mit dem Kopf gegen die Erde schlugen.

Kinder waren die ersten Opfer der Gaswagen. Kinder wurden aber auch ertränkt. Der frühere Kapitänleutnant Friedrich Heile vom Truppenbataillon folgendes grauenhaftes Erlebnis:

„In diesem historischen Zeitpunkt kommandiert Shukow die Erste Bjalorussische Front, deren Aufgabe es war, der deutschen Verteidigung vor Berlin den entscheidenden Schlag zu versetzen.“

Während die Front angriff, litt es Shukow keine Stunde im Stab. Im größten Kampfeffort erschien plötzlich sein Wagen, dessen Besatzung die Soldaten den Glauben an den Sieg vermittelte. Bei den Kämpfen hinter der Oder konnte man den Marschall Shukow oftmals sehen. Während der Schlacht um Berlin befand sich Shukow stets bei den angreifenden sowjetischen Einheiten; er war nicht nur der Oberkommandierende bei diesem großen Unternehmen der Roten Armee, sondern gleichzeitig auch unmittelbarer Ausführer des gefaßten Planes.

Shukow vermaß die Soldaten auch nicht während der Ruhepausen an der Front. In den Erdkürnen der vordersten Linie war er oft zu Gast.

Am 2. Mai fällt Berlin, und am 8. Mai unterliegt der erschütterte Feind die Kapitulation, indem er seine Niederlage zugab.

## Die Vertagung abgelehnt

Nürnberg, 13. Februar (SNB).

Die heutige Vormittagssitzung begann mit der Bekanntgabe der Gerichtsentcheidung zu dem von den Verteidigern gestellten Antrag einer dreiwöchigen Vertagung nach Abschluß der Anklagereden.

Lordrichter Lawrence verkündet die Ablehnung dieses Antrages und gibt als Begründung bekannt, daß die Verhandlung in dem Angebots, als es den Beschluß über die Durchführung von Wehnhafterien faßte, sämtliche Prozeßbeteiligten darauf aufmerksam machte, daß weitere Prozeßvertagungen nicht zugelassen werden.

## Auslieferung von Kriegsverbrechern

Belgrad (TASS). Die alliierten Besatzungsbehörden in Deutschland haben den jugoslawischen Behörden 18 Kriegsverbrecher übergeben, darunter den ehemaligen Gestapochef in Serbien, General der Waffen-SS, Meißner, den ehemaligen Gesandten Pavaylic in Berlin, und den Kommandanten der 10. deutschen Gebirgsdivision, die in Bosnien operierte, Kugler.

## Das Wahlergebnis in Belgien

Brüssel (SNB). Nach einer France-Press-Meldung sind die endgültigen Ergebnisse der Kammerwahlen folgende: Christlich-Soziale Partei 90 Sitze gegen 73, Sozialisten 69 gegen 64, Kommunisten 24 gegen 9, Liberale 17 gegen 33. Demokratische Union Belgiens 5 Sitze. Die endgültigen Ergebnisse der belgischen Senatswahlen sind folgende: Von 101 Sitzen, die direkt gewählt wurden, erhalten die Christlich-Soziale Partei 51, die Sozialisten 33, die Kommunisten 11 und die Liberale 4.

London (SNB). Wie Assopress meldet, hat der Prinzregent von Belgien den Rücktritt des Premierministers Achille van Acker und seines gesamten Kabinetts angenommen.

Brüssel (SNB). Einer France-Press-Meldung zufolge begann der Prinzregent politische Besprechungen mit Gilon und van Cauwelaert, dem Präsidenten der Kammer und des Senats.

## Schweizer Nazisten entlarvt

Genf, 19. Februar (ATSS)

Der Berichterstatter der „Prawda“ teilt mit: Die Schweizerische Presse veröffentlichte ein Dokument, das die Beziehungen zwischen der Regierungskreise dieses Landes in ihrer Verständigungspolitik mit dem faschistischen Deutschland gezeigert waren. Es handelt sich um eine im Jahre 1940 von 200 Finanzleuten, Industriellen, Absorbdenten, Beamten und Offizieren unterzeichnete Petition, in der diese vorschlugen, sich auf „moralischem, politischem und wirtschaftlichem Gebiet“ nach den Achsenmächten zu orientieren. Der Wortlaut der Petition war von Pastor Grob und Dr. Frick, dem Reichsberater des deutschen Konsulats in Zürich, aufgesetzt worden.

Die Veröffentlichung dieses Dokuments rief in Kreisen der Schweizer Öffentlichkeit starke Entrüstung hervor. So verlangte eine Versammlung von 2000 Arbeitern in Zürich die sofortige Enthebung aller 200 Prohibitoren von ihren Ämtern. Diese wurden durch eine hartnäckig zu beharrliche Behörde in Zürich eine Versammlung ein, auf der Frick und andere erklärten, daß der Text der Petition seinerzeit in Übereinkunft mit dem Bundesrat und dem hohen Richteramt aufgestellt worden war, die schweizerischen Zivil- und Militärbehörden hatten den Text, der ihnen vorgelegt worden war, gebilligt.

Inzwischen veröffentlichte ein Teil der schweizerischen Presse eine Mitteilung aus Nürnberg, daß der Prozeß gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher in der Öffentlichkeit den Intrigen des bekannten schweizerischen Politikers Burckhardt, der noch kürzlich einer der Leiter des internationalen Roten Kreuzes war und heute der Gesandte der Schweiz in Paris ist, aufgedeckt habe. Während der Krieg vertrat Burckhardt versucht, die Rolle eines Vermittlers zwischen der Hitlerregierung und den reaktionären Kreisen der Londoner City zu spielen.

## Postamt Berlin NW 40

835 000 unbestellbare Kriegsgefangenenspost

Die unbestellbare Kriegsgefangenenspost für alle Gebiete der sowjetischen Besatzungszone liegt auf dem Postamt Berlin NW 40 und wird von dort aus auf Antrag an die neue Anschrift des Absenders gesandt, so daß jeder Angehörige eines Kriegsgefangenen, der seinen Wohnort gewechselt hat, die Möglichkeit besitzt, in dem genannten Postamt nach Post aus der Kriegsgefangenenschaft nachzuführen. Rund 835 000 Briefe und Postkarten von den Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion, aus den USA, England und Frankreich haben hier in Berlin sortiert auf die Meldung des Gefangenen und hat Angehörige der Kriegsgefangenschaft sind bisher rund 70 000 Nachrichten an ihre Angehörigen eingelaufen. Ungefähr 5 Prozent dieser Anträge konnten bereits positiv erledigt werden.

## Fehlurteil aufgehoben

Kürzlich hatte das Bremer Landgericht Soldaten der Wehrmacht des „Dritten Reiches“ — wegen Fahnenflucht zum Tode verurteilt, dann das Urteil in eine Gefängnisstrafe von Jahren umgewandelt, um es schließlich in eine zweijährige Gefängnisstrafe abzumindern. Es hat sich nunmehr herausgestellt, daß das Bremer Gericht zur Behandlung des Falles weder örtlich noch rechtlich zuständig war. Die Angelegenheit wurde nach Berlin übersandt, um nach dem dortigen Rechtsweg beim Kammergericht das von politischer Instinktslosigkeit zeugende Urteil des Bremer Landgerichts sofort aufgehoben und den Verurteilten die Freiheit wiedergewonnen.

Verlag und Druck: „Volksblatt“, Druckerei und Verlags-gesellschaft, Heilbrunn, 10/11 Tel. Nr. 7031, Chefredakteur Hugo Sauppe. Anschrift der Redaktion: Heilbrunn, Gr. Markt 10. Telefon: 7031. Nr. 10. 09118

„Aber die Masse tritt nur in die Woesche“  
Organisation des Zusammenbaus  
und Wissen sie lehrt.“  
Karl Marx: Inaugural-Adresse

# DEINHEIT

„In allgemeinen kommt es  
weniger auf das offizielle Pro-  
gramm einer Partei an, als auf  
das, was sie tut.“  
Friedrich Engels  
Brief zum Gothaer Programm

Organ des Organisations-Komitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in der Provinz Sachsen

## Proletarier Deutschlands vereinigt Euch!

Die Monatsschrift zur Vorbereitung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

Gemäß den Beschlüssen der gemeinsamen Tagung der SPD und KPD am 20. u. 21. Dez. 1945 hat jetzt der neugegründete Verlag „Einheit“ in Berlin die erste Nummer des gemeinsamen theoretischen Organs der KPD und SPD herausgegeben. Es hat die Aufgabe, unter den Funktionären und Mitgliedern beider Arbeiterparteien, in der Schulungsarbeit zur ideologischen Klärung und Vertiefung des Einheitswillens beizutragen.

Der reichhaltige Inhalt der ersten Ausgabe, der sich mit vielen Problemen befaßt, die mit der Schaffung der Sozialistischen Einheitspartei in Verbindung stehen, gibt die Hoffnung, daß die Zeitschrift die an sie gestellten Aufgaben im Interesse der Arbeiterklasse voll erfüllen wird. Genosse Wilhelm Pieck betitelt seinen Beitrag: „Die Einheit der Arbeiterklasse und die Einheit der Nation.“ In tieferschürfenden Ausführungen bringt er dem Leser die ganze Bedeutung dieser Frage für die Existenz unseres Volkes nahe. An Hand von geschichtlichen Beispielen weist Genosse Pieck nach, daß es immer die klassenbewußte Arbeiterschaft war, die die einzige Kraft war, die konsequent und klar die wahren Interessen unseres Volkes verteidigt. In einem der ersten Dokumente aus der Frühzeit des Marxismus, „Die Forderungen der Kommunisten“ von 1848 heißt der erste Punkt: „Ganz Deutschland wird zu einer einzigen unteilbaren Republik erklärt.“

Das war die Forderung der jungen revolutionären Arbeiterklasse und aller echten deutschen Patrioten. Der junge Engels kämpfte für sie mit der Waffe in der Hand. Die einzige unteilbare Republik wurde damals nicht geschaffen, die Kräfte der Zersplitterung, der Reaktion siegten über die Einheit, den Fortschritt. Die alte Sozialdemokratie setzte die Tradition des Kampfes für die nationalen Interessen unseres Volkes jahrzehntlang fort. Unentwegt kämpften August

Bebel, Wilhelm Liebknecht, Franz Mehring u. a. für die nationalen Interessen unseres Volkes. Unerschütterlich standen die marxistischen Arbeiter mit allen fortschrittlichen Kräften unseres Volkes 1918 bis 1923 im Kampf gegen die Reaktion und ihre separatistischen Bestrebungen, für die nationale Einheit Deutschlands auf dem Boden einer konsequenten Demokratie.

Wie 1923 die Reaktion im Separatismus ihr Heil suchte und glaubte, in einem selbständigen Putschstaat den Imperialismus zu retten, steht heute hinter all diesen Bestrebungen die gleiche Ursache, die Angst der Reaktion, durch eine mächtige gesamtdeutsche, demokratische Volksbewegung alle Positionen zu verlieren. Das ist der Versuch, sich der Verantwortung für das große Verbrechen an unserem Volke

reich Engels, seit fast 100 Jahren die Richtschnur des Handelns der klassenbewußten Arbeiterklasse war und ist.  
Der Aufruf des Kommunistischen Manifestes: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch“ wird wandelt sich für unsere Zeit und für unser Land zu der Mahnung: „Proletarier Deutschlands, vereinigt Euch!“ Und so werden uns heute die vor 100 Jahren geschriebenen Worte des Kommunistischen Manifestes zum politischen Postulat lauten: „Alle bisherigen Bewegungen waren Bewegungen von Minoritäten oder im Interesse von Minoritäten. Die proletarische Bewegung ist die selbständige Bewegung der ungeheuren Mehrheit im Interesse der ungeheuren Mehrheit!“  
Der Gemeinschaft aller schaffenden Menschen muß und wird es gelingen, ein neues und besseres Deutschland, einen friedliebenden und

### EINIGUNG

Wir haben endlich uns gefunden.  
Wirft nun: Es sind die größten Stunden, die wir, Genossen, je erlebt.  
Nun heißt es: Rüstig weiterstreiten.  
Laßt nie mehr aus den Siegfleuten, der sichert, was wir lang erstrebt.  
Vergangenheit, sie soll uns lehren:  
Nie darf die Zierracht wiederkehren;  
die Einheit sei uns jetzt Fanal.  
Dann muß uns unser Werk gelingen:  
Not, Elend meistern und bezwingen  
im Einheitswillen, hart wie Stahl.  
Reinhard Reichardt

bewiesen haben, daß der Hitlerfaschismus die Zusammenfassung und Entwicklung aller rückschrittlichen Bestrebungen war.

Aus der eindringlichen und überzeugend dargelegten Analyse dieses dunklen Kapitels deutscher Geschichte zeigt Walter Ulbricht dem deutschen Volk den Ausweg in eine bessere Zukunft.

Gustav Dahrenndorf nimmt zu den Problemen der „Sicherung der Demokratie“ Stellung und zeigt dabei auf, daß die Demokratie allein durch die Einheit der Arbeiterklasse gesichert werden kann.

Ueber eine zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten oft diskutierte Frage, die Frage, der innerparteilichen Demokratie, schafft Genosse Franz Dahlen in Uebertaus überzeugender Weise Klarheit. Der Beitrag des Genossen Dahlen wird manchen Zweifel und manche falsche Ansicht über den Aufbau der Kommunistischen Partei beseitigen helfen.

Zwei weitere Beiträge „Von der Demokratie zum Sozialismus“ von Helmut Lehmann und „Gibt es einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“ von Anton Ackermann werden in hervorragendem Maße der ideologischen Klärung jedes Problems dienen, um das in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am meisten gerungen wurde. Das Forum des Weges zum Sozialismus. Wir sind gewiß, daß sich an Hand dieser beiden grundlegenden Artikel eine ausgedehnte, fruchtbare Diskussion zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten entwickeln und dazu beitragen wird, auch die letzten Unklarheiten zwischen den Mitgliedern der beiden Arbeiterparteien zu beseitigen.

So wird bereits die erste Ausgabe der gemeinsamen Zeitschrift mithelfen, die Einheit noch weiter zu vertiefen und alle Voraussetzungen zur baldigen Verschmelzung der beiden Parteien zu schaffen.

### Einheitsfront in Baden-Baden

Baden-Baden (DNB). Wie berichtet wird, stimmen die programmatischen Forderungen der Kommunistischen und der Sozialdemokratischen Partei in Baden in mehreren Punkten miteinander überein. Beide Parteien fordern die Zusammenarbeit mit den demokratischen Ländern und die Demokratisierung des Staates auf allen Gebieten.

Magdeburger Rundfunk — Welle 230,2 m

Freitag, den 22. Februar, 19 Uhr:

## Große Kundgebung

„Die Einheit der beiden Arbeiterparteien“

Es sprechen mehrere Vertreter der SPD und KPD.

und den Völkern der Welt zu entziehen, von Imperialismus zu retten, was zu retten ist.

Wilhelm Pieck skizziert kurz, wie Kommunisten und Sozialdemokraten gemeinsam nach dem Zusammenbruch Hitlers Deutschlands für die Überwindung der Schwierigkeiten gekämpft und die feste Aktionseinheit geschmiedet haben. Größere Aufgaben stehen noch bevor. Willen wir sie lösen, müssen wir eine festgefügte, geschlossene Kraft schaffen, die konsequent und unbeirrt ihren Weg geht. Diese unüberwindliche Kraft stellt die Arbeiterklasse dar; wenn sie einig ist.

Die organisatorisch geeinte Arbeiterklasse, bewaffnet mit der Lehre von Marx und Engels, wird zum Sammelbecken aller aufbauwilligen und fortschrittlichen Kräfte unseres Volkes werden und die große historische Aufgabe lösen, die Reaktion vernichten.

Genosse Max Fechner untersucht in seinem Artikel „Erfahrungen aus der Aktions-einheit“ die bisherige äußerst fruchtbare Zusammenarbeit beider Parteien.

Genosse Fechner erinnert an das Werk der Bodenreform, den Aufbau der Verwaltung, die Wiederrückbildung der Industrie, den wichtigen Aufbau der Gewerkschaften, was alles beide Parteien gemeinsam mit Erfolg durchgeführt haben. Gemeinsam haben wir die Schulreform in Angriff genommen.

Ueber „Die Bedeutung des Kommunistischen Manifestes“ schreibt Genosse Otto Grote-wohl. In lebendigen Ausführungen weist er nach, wie diese historische Schrift, der Altmeister des Sozialismus, Karl Marx und Fried-

sozialistische Volksstaat aufzubauen, der sich einmal freudig einreihen kann in die Gemeinschaft aller Völker. So schließt Genosse Grotewohl.

Genosse Walter Ulbricht analysiert treffend das Wesen des Hitlerfaschismus, wobei er einen Rückblick über seine Vorläufer gibt und feststellt, daß 12 Jahre faschistische Herrschaft

### Die Betriebe fordern Einheit

Dürrenberg. In einer gemeinsamen Mitgliederversammlung der Betriebsgruppen der KPD und SPD der Dürrenberger Saline wurde beschlossen, in Zukunft alle politischen und betrieblichen Angelegenheiten gemeinsam zu besprechen und zu lösen. Die Genossen sind sich der Wichtigkeit der gemeinsamen Arbeit bewußt und wünschen eine baldige Vereinigung der beiden sozialistischen Bruderparteien zu einer großen Arbeiterpartei.

Hohenthurm. Die Betriebsgruppen der Firma Natop & Eberhardt in Hohenthurm nahm zu Betriebsangelegenheiten, dem Produktionsprogramm und Zusammenschluß der beiden Arbeiterparteien Stellung. In allen Punkten war einheitliche Übereinstimmung. Am Schlusse wurde vom Genossen Krohn (KPD), Mitglied des Betriebsrates, eine Resolution vorgeschlagen und einstimmig angenommen, die den Zusammenschluß der beiden Arbeiterparteien und die Einreihung der Betriebsgruppenvorsitzenden der KPD und SPD in den Betriebsrat forderte.

wird ein bloßes Zubehör der Maschine, von dem nur der einfachste, eintönigste, am leichtesten erlernbare Handgriff verlangt wird. Die Kosten, die der Arbeiter verursacht, beschränken sich daher fast nur auf die Lebensmittel, die er zu seinem Unterhalt und zur Fortpflanzung seiner Rasse bedarf. Der Preis einer Ware, also auch der Arbeit, ist aber gleich ihren Produktionskosten. In demselben Maße, in dem die Widerwertigkeit der Arbeit wächst, nimmt daher der Lohn ab. Nach mehr: In demselben Maße, wie Maschinerie und Teilung der Arbeit zunehmen, in demselben Maße nimmt auch die Masse der Arbeitsstunden, sei es durch Vermehrung der in einer angegebenen Zeit geforderten Arbeit, beschleunigten Lauf der Maschinen usw.

Die moderne Industrie hat die kleine, Werkstube des patriarchalischen Meisters in die große Fabrik des industriellen Kapitalisten verwandelt. Arbeitermassen, in der Fabrik zusammengedrängt, werden soldatisch organisiert. Sie werden als allgemeine Industriesoldaten unter die Aufsicht einer vollständigen Hierarchie von Unteroffizieren und Offizieren gestellt. Sie sind nicht nur Knechte der Bourgeoisieklasse, des Bourgeoisstaates, sie sind täglich und stündlich geknechtet von der Maschine, von dem Aufseher und vor allem von den einzelnen fabrizierenden Bourgeois selbst. Diese Despotie ist um so kleinlicher, gehässiger, erbitternder, je offener sie den Erwerb als ihren Zweck proklamiert.

Je weniger die Handarbeit Geschicklichkeit und Kraftäußerung erheischt, desto mehr die moderne Industrie sich entwickelt, desto mehr

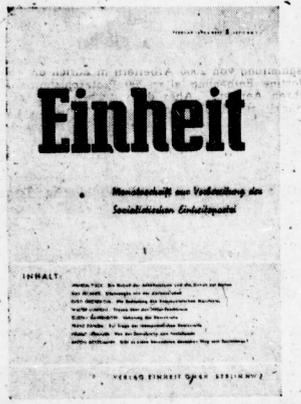
die Arbeit der Männer durch die der Weiber verdrängt. Geschlechts- und Altersunterschiede haben keine gesellschaftliche Geltung mehr für die Arbeiterklasse. Es gibt nur noch Arbeitsinstrumente, die je nach Alter und Geschlecht verschiedene Kosten machen.

Ist die Ausbeutung des Arbeiters durch den Fabrikanten so weit beendigt, daß er seinen Arbeitslohn bar ausgezahlt erhält, so fallen die anderen Teile der Bourgeoisie über ihn her, der Hausbesitzer, der Krämer, der Pfandleiher usw.

Die bisherigen kleinen Mittelstände: die kleinen Industriellen, Kaufleute und Rentiers, die Handwerker und Bauern, alle diese Klassen fallen ins Proletariat hinab, teils dadurch, daß ihr kleines Kapital für den Betrieb der großen Industrie nicht ausreicht und der Konkurrenz mit den größeren Kapitalisten erliegt, teils dadurch, daß ihr Geschicklichkeit von neuen Produktionsweisen entwertet wird. So rekrutiert sich das Proletariat aus allen Klassen der Bevölkerung.

Das Proletariat macht verschiedene Entwicklungsstufen durch. Sein Kampf gegen die Bourgeoisie beginnt mit seiner Existenz.

Im Anfang kämpfen die einzelnen Arbeiter, dann die Arbeiter einer Fabrik, dann die Arbeiter eines Arbeitszweigs an einem Ort gegen den einzelnen Bourgeois, der sie direkt ausbeutet. Sie richten ihre Angriffe nicht nur gegen die bürgerlichen Produktionsverhältnisse, sie richten sie gegen die Produktionsinstrumente selbst, sie vernichten die fremden konkurrierenden Waren, sie zerschlagen die Maschinen, sie stecken die Fabriken in Brand, sie suchen die untergegangene Stellung des mittelalterlichen Arbeiters wieder zu erringen.  
(Fortsetzung folgt.)



## Bourgeois und Proletarier

Fortsetzung des einleitenden Abschnittes aus dem „Kommunistischen Manifest“.  
Siehe die gestrige Nummer des „Volksblatt“.

Unter unsern Augen geht eine ähnliche Bewegung vor. Die bürgerlichen Produktions- und Verkehrsverhältnisse, die bürgerlichen Eigentumsverhältnisse, die moderne bürgerliche Gesellschaft, die so gewaltige Produktions- und Verkehrsmittel hervorgezaubert hat, gleich dem Hexenmeister, der die unterirdischen Gewalten nicht mehr zu beherrschen vermag, die er heraufbeschwor. Seit Dezennien ist die Geschichte der Industrie und des Handels nur die Geschichte der Empörung der modernen Produktivkräfte gegen die modernen Produktionsverhältnisse, gegen die Eigentumsverhältnisse, welche die Lebensbedingungen der Bourgeoisie und ihrer Herrschaft sind. Es genügt, die Handelskrisen zu nennen, die die Existenz der ganzen bürgerlichen Gesellschaft in Frage stellen. In den Handelskrisen wird ein großer Teil nicht nur der erzeugten Produkte, sondern der bereits geschaffenen Produktivkräfte regelmäßig vernichtet.

In den Krisen bricht eine gesellschaftliche Epidemie aus, welche allen früheren Epochen als ein Widersinn erschienen wäre — die Epidemie der Ueberproduktion. Die Gesellschaft findet sich plötzlich in einen Zustand momentaner Barbarei zurückversetzt; eine Hungersnot, ein allgemeiner Vernichtungskrieg scheinen ihr alle Lebensmittel abgeschnitten zu haben; die Industrie, der Handel scheinen vernichtet, und warum? Weil sie zuviel Zivilisation, zuviel Handel, Lebensmittel, zuviel Industrie, zuviel Handel, zuviel Produkte, die ihr zur Verfügung stehen, dienen nicht mehr zur Beförderung der bürgerlichen Eigentumsverhältnisse;

im Gegenteil, sie sind zu gewaltig für diese Verhältnisse geworden, sie werden von ihnen gehemmt; und sobald sie dies Hemmnis überwinden, bringen sie die ganze bürgerliche Gesellschaft in Unordnung, gefährden sie die Existenz des bürgerlichen Eigentums. Die bürgerlichen Verhältnisse sind zu eng geworden, um den von ihnen erzeugten Reichtum zu fassen. — Wodurch überwindet die Bourgeoisie die Krisen? Einerseits durch die erzeugende Vernichtung einer Masse von Produktivkräften; andererseits durch die Eröberung neuer Märkte und die gründlicheren Ausbeutung alter Märkte. Wodurch also? Durch, daß sie allseitigere und — gewaltigere Krisen vorbereitet und die Mittel, den Krisen vorzubeugen, vermindert.

Die Waffen, womit die Bourgeoisie den Feudalismus zu Boden geschlagen hat, richten sich jetzt gegen die Bourgeoisie selbst.

Aber die Bourgeoisie hat nicht nur die Waffen geschmiedet, die ihr den Tod bringen; sie hat auch die Männer erzeugt, die diese Waffen führen werden — die modernen Arbeiter, die Proletarier.

In demselben Maße, worin sich die Bourgeoisie, d. h. das Kapital entwickelt, in demselben Maße entwickelt sich das Proletariat, die Klasse der modernen Arbeiter, die nur so lange leben, als sie Arbeit finden, und die nur so lange Arbeit finden, als ihre Arbeit das Kapital vermehrt. Diese Arbeiter, die sich stückweise verkaufen müssen, sind eine Ware, wie jeder andere Handelsartikel, und daher gleichmäßig allen Wechselfällen der Konkurrenz, allen Schwankungen des Marktes ausgesetzt.

Die Arbeit der Proletarier hat durch die Ausdehnung der Maschinerie und die Teilung der Arbeit allen selbständigen Charakter und damit allen Reiz für den Arbeiter verloren. Er

1. Späterhin hat Marx gezeigt, daß der Arbeiter und seine Arbeit, sondern seine Arbeitskraft verkauft. Siehe dazu die Einleitung von Engels zur Schrift „Lohnarbeit und Kapital“ von Marx, Ausgabe 1891. Die Red.



# Wie die Saat - so die Ernte

## Professor Hofmann sprach in Köttele

Im Rahmen der Veranstaltungen des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands, Ortsgruppe Köttele, hielt der Ehrenbürger der Stadt, Professor Dr. Fritz Hofmann, einen Vortrag über sein Leben und seine Arbeiten.

Der hervorragende deutsche Wissenschaftler, weltbekannte Kulturpionier und berühmte Erfinder des synthetischen Kautschuks „Buna“ vermittelte durch seine überaus lebendigen, aufschlußreichen und ebenso feingelagerten, wie wissenschaftlich klar begründeten Schilderungen ein packendes Bild seines Lebens und Schaffens, das in der Tat der Bedeutung seiner Persönlichkeit entsprach. Es kann als besonders wertvoll bezeichnet werden, daß gerade Köttele, die Geburtsstadt Professor Hofmanns, in die er nach seinem rastlosem arbeitsreichen Schaffen zurückgekehrt war, durch diese artige bedeutende kulturelle Veranstaltung ausgezeichnet worden ist. Die Stadt stellte den Ertrag des Vortragsabends, eine namhafte Summe, den Umsiedlern zur Verfügung.

## Falkenberg gibt Rechenschaftsbericht

Nach einem packenden Rückblick über die April-Tage 1945 behandelte der Bürgermeister, Genosse Küver (SPD), alle anderen Gebiete der kommunalen Verwaltung. Er führte aus, daß die Ernährungsfrage gelöst wurde. Daß nicht alle Wünsche erfüllt werden können, sei klar. Und doch wird es an Hand von Zahlen einen deutlichen Aufschwung aller Geschäfte nach

Langsam aber entwickelt sich das Wirtschaftsleben wieder zur alten Norm, dieses wurde deutlich durch die Erhöhung der Spar-einlagen veranschaulicht.

Die Arbeit auf dem Gebiet des Gesundheitswesens gestaltete sich schwierig, aber auch hier wurde Vorbildliches von der Krankenbetreuung geleistet. Ein altes Rittergut diente als Krankenstation und wurde somit einem allgemein-nützlichen Zweck zugeführt.

Große Beträge konnte die Stadtverwaltung auch für die Opfer des Faschismus zur Verfügung stellen.

Dieser Bericht wurde zunächst vor den vier Blockparteien abgegeben, die den meisten Anteil am Wiederaufbau der Stadt hatten. Zur gegebenen Zeit wird eine umfassende Darlegung auch vor die Einwohner gebracht werden.

## FDGB Bad Schmiedeberg

Die monatliche Mitgliederversammlung des FDGB fand unter reger Beteiligung der Kollegen statt. Nach der Begrüßung durch Kollegen Gnauret erhielt Gen. Knösch von Ernährungssamt das Wort. Er berichtete ausführlich über die Lage der Ernährung und deren Bewirtschaftung, sowie über die Zuteilung an die Bevölkerung. Desgleichen nahm der Redner an der Veranstaltung teil, die eine Ausstellung von Bezugscheinen, der Redner versicherte seine Gewissenhaftigkeit und lud einen Austausch zur Einsichtnahme in seine Arbeiten, aber auch zu einem Austausch mit den anderen Arbeitgebern.

Es folgte ein Rechenschaftsbericht verlesen von Kollegen Gnauret, über die bisherigen gewerkschaftlichen Arbeiten des FDGB Wittenberg.

Nun erhielt Kollege Ernst Stein, Delegierter der Kreisverwaltung für Wittenberg, das Wort. Die Aufmerksamkeit folgten die Kollegen dem Vortrag und billigten den Verlauf der Konferenz. Die Versammlung brachte sodann eine Resolution ein, den Zusammenschluß der beiden großen Arbeiterparteien zu beschleunigen, um fortan gemeinsam am Neuaufbau unseres Vaterlandes zu arbeiten. Nach einer allgemeinen Aussprache ging Gen. Brian auf die Notwendigkeit der Einheit der Arbeiterklasse ein und forderte am Schluß die Genossen beider Parteien zur demokratischen Zusammenarbeit in der einheitlichen sozialen Partei auf.

## Sandersdorf

Im „Thüringer Hof“ fand im sinnvoll geschmückten Saal die Jahresauptversammlung statt. Als Referent war der Genosse Brian erschienen. In seiner Ausführungen ging Gen. Brian auf die Notwendigkeit der Einheit der Arbeiterklasse ein und forderte am Schluß die Genossen beider Parteien zur demokratischen Zusammenarbeit in der einheitlichen sozialen Partei auf.

# Die Mutter

ROMAN VON MAXIM GORKI

Geschrieben im Jahre 1907

14. Fortsetzung  
„Wer liest hier die Bibel?“  
„Ich!“ sagte Pawel.  
„Und wem gehören diese Bücher?“  
„Mir!“ erwiderte Pawel.  
„So!“ sagte der Offizier und lehnte sich auf den Stuhl zurück. Dann knackte er mit den Fingern seiner linken Hand, schob die Füße unter den Tisch, glättete seinen Schurrbart und fragte Nikolai:  
„Bist du Andrej Nachodka?“  
„Jawohl!“ erwiderte Wessowschikow, vortritt. Der Kleinrusse reckte die Hand aus, faßte ihn an der Schulter und drängte ihn zurück.  
„Er irrt sich! Ich bin Andrej!“  
Der Offizier erhob die Hand, drohte Wessowschikow mit dem kleinen Finger und sagte:  
„Du nimm dich in Acht!“  
Er wühlte in seinen Papieren.  
Von der Straße blickte die helle Mondsichel mit starrm Auge ins Fenster. Vor dem Fenster ging jemand langsam auf und ab, der Fenster schloß.  
„Nachodka, du bist wegen politischer Verbrechen schon in Untersuchung gewesen?“ fragte der Offizier.  
„Ja, in Rostow und in Saratow... Aber die Gendarmen haben mich da ‚Sie‘ genannt.“  
Der Offizier bürzelte mit dem rechten Auge, rieb es und meinte, seine kleinen Zähne seiend:  
„Ist Ihnen — ich sage Ihnen — bekannt, welche Schurken in der Fabrik die verbotliche Aufruf verbreiten?“  
Der Kleinrusse wiegte sich auf seinen Beinen und wollte mit breitem Lächeln etwas

In diesem Winter ist der Frost nicht so tief in den Boden eingedrungen, und wenn die Witterung sich nicht grundlegend ändert, wird die Frühjahrssaat nicht bald beginnen.

An manchen Orten konnte schon mit dem Pflügen begonnen werden. Eine gut ausgeführte Pflugfurche ist die Grundlage der Bodenpflege; sie sichert in erster Linie einen guten Ertrag. Dabei ist vor allen Dingen darauf zu achten, daß trocken gepflügt wird. Nasses Pflügen ist immer verkehrt. Acker, der trocken gepflügt wird, behält seine Form und wird mit jeder Pflugfurche besser. In kleinbäuerlichen Betrieben ist es gut möglich, den Zeitpunkt des Pflügens dem Wetter anzupassen.

Ist die oberste Schicht gut abgetrocknet, daß man den Acker eggen kann, ohne daß die Egge schmiert, kann mit der Arbeit der Frühjahrbestellung begonnen werden. Die erste Arbeit nach dem Pflügen ist die der Schleppe. Mit dem Abschleppen des Ackers gewinnen wir einen Vorsprung für alle folgenden Arbeiten der Frühjahrbestellung und vor allen Dingen der Unkrautbekämpfung. Für die Bestellung an Sommerweizen, Sommergerst, Erbsen und auch Hülsenfrüchte folgt der Düngerstreuer und hinterher die Egge. Je nach der Struktur des Bodens genügt zur Herstellung des Saatbettes ein einfacher, besser aber ein doppelter Strich mit der Egge. Das Ackersfeld darf nicht zu oft mit der Egge bearbeitet werden: die Egge wirkt zum Nachteil des Erntertrages oft ein feines Sieb.

Sommerweizen und Hafer werden frühzeitig ausgesät. Dem Neustädter sei hier gesagt, daß der Hafer besonders gut auf frisch umgebro-

chenem Grünland gedeiht. Hat der Neustädter bei der Landzustellung Sandboden bekommen, ist Bestellung mit der dankbaren Süßlupine lohnend. Sind Sommerweizen, Sommergerst und Hülsenfrüchte in die Erde gebracht, folgen Sommergerste, Flachs, Mohr und Sommerkorn. Diese Früchte benötigen ein flach gelockertes, aber gut gekrümeltes Saatbett.

Zur Herrichtung von Rübenland ist der Grabber und Kultivator unentbehrlich. Die beste Arbeit leistet hierbei der alte Grabber mit der stählernen Zinke oder der Kultivator mit den Federzinken. Bei der Herrichtung des Saatbettes wird kreuz und quer, bei schmalen Ackerstücken lang und schräg gegrubbert, hinterher wird lüchtig und kräftig geeget. Muße zur Zerklüftung des Ackerbodens auch noch die Walze benutzt werden, so folgt die Egge unmittelbar nach.

Ist der Stallung für das Kartoffelland, was in diesem Jahr gut möglich war, bereits vor dem Winter untergepflügt, so wird das ungepflügte Land abgepflügt und grubbert oder mit schweren Eggen nachgeeggt. Oftmals aber kommt der Stallung erst jetzt auf das Feld. Er ist dann flach untergepflügt. Damit kann man auch bis kurz vor dem Auslegen der Pflanzkartoffeln warten. Die Anbauflächen für Kartoffeln erfordern Düngung mit Stallmist, jede Fülle Mist hinaus auf den Kartoffelacker! Ist noch Kall vorhanden, so ist er auch für den Kartoffelanbau zu verwenden, aber spätestens vier Wochen vor dem Auslegen der Kartoffeln zu streuen, da ein späteres Ausstreuen sich ungünstig auf den Stärkegehalt der Kartoffel auswirkt.

# Alle Kräfte für die Ernährung

Einheit der Bauernhilfe bei den Vorbereitungen zur Frühjahrbestellung

KB. Wernigerode, 20. Februar.

Der Aufruf zu tätiger Vorbereitung der Frühjahrbestellung hat ein beachtliches Echo gefunden. Im Kreis Wernigerode konnte die erste Bauernkonferenz bereits mit der Vollzugsmeldung wichtiger Einzelaktionen auf dem Gebiet der Ernährung gegeben werden. „Einheit und Aufbau für Volk und Heimat“ richtig verstanden wurde.

Die Altbauern des Dorfes Hassen haben aus freiem Entschluß die Patenschaft für die Neubauern ihres Ortes übernommen. Sie stellen ihnen Saatgut, Geld und Gerätschaften zur Verfügung, damit die Anfänger auf neuer Scholle nicht mit der Frühjahrbestellung in Rückstand geraten.

Der genossenschaftliche Nutzen der gegenseitigen Bauernhilfe machte sich auch in der Düngemittelbeschaffung bemerkbar. Kundendünger ist zur Zeit noch Mangelware, da manche Kaligruben noch nicht die volle Produktionskraft entwickelt haben. Die Gemeinde Zilly hat nun aus den noch vorhandenen Beständen die Überschüsse abgewerft und sie anderen Orten zur Nutzung überlassen.

In H e u d e r b, einem der größeren Orte des Kreises, hatten die Bauern nach reichlicher

Ueberprüfung ihres Viehbestandes festgestellt, daß sie mehrere Ochsen und Kühe entbehren konnten. Sie haben dann diese Zug- und Milchtiere mit stillen Neubauern abgegeben.

Das zwischen Harz und Huy liegende Halberstädter Becken, das vom Kreis Wernigerode eingenommen wird, ist nicht in allen seinen Teilen ein gleich fruchtbares Gebiet. Dennoch verspricht der Anbauplan, der die 34.200 ha umfassende Bodenfläche in vielseitiger Weise ausfüllt, ein recht nahrhaftes Mosaik von Kartoffeln, Hack-, Öl- und Hülsenfrüchten, Getreide, Zuckerrüben, Feldgemüse und Tabakkulturen zu werden. Saatgut ist in ausreichendem Maße vorhanden.

Im Zusammenwirken mit der Kreisobstkommission wurde ein

## landwirtschaftlicher Beratungsdienst

eingrichtet. Ein Landwirtschaftslehrer hält nachgehender in allen Orten des Kreises fachgemäße Beratungen ab und hilft, gemeinsam mit stillen Neubauern, die nötige Bauernhilfe zu überwinden.

Auch industrielle Betriebe haben sich zur Förderung der Neubauern eingesetzt. Handwerksbetriebe liefern zusätzliches Gerät. Die Firma Uhlmann, Wernigerode, stellt jetzt gerostet Dezimalwaagen für die Neubauern her.

# Nachrichten aus Bitterfeld

Die landwirtschaftliche Abteilung des Landratsamtes in Bitterfeld teilt mit, ist die Zuckerrüben-Anbauprämie für das laufende Jahr wieder eingeführt worden. Auf je 100 Dezimeter Zuckerrüben werden 4 Zentner Zucker verteilt. Zur Zeit fehlt es noch an der benötigten Menge Samen bzw. an Stecklingen für die Frühjahrbestellung, doch wird auch diese Schwierigkeit bis zum gegebenen Zeitpunkt gelöst werden.

Eine Oelpflanzen-Anbauprämie wurde im Kreis Bitterfeld eingeführt. Die vorgesehene Gesamtanbaufläche beläuft sich auf 540 ha. Die Ausschüsse der Ziergärten sollen vornehmlich dem Anbau von Sonnenblumen und Mohr dienen. Den Abnehmer wird entsprechend der abgegebenen Menge Oelfrüchte eine Anbauprämie in bestimmter Höhe gewährt, so daß sie also Oel zurückhalten werden. Ebenso wird für den Anbau von Faserpflanzen eine Prämie in Form von Bezugscheinen auf Fertigerwaren gewährt werden.

sagen, aber wieder klang in verhaltenem Ton Nikolai Stimme:  
„Nun, natürlich!“ rief er der Offizier lächelnd.  
„Das ist ein schlauer Fuchs!“  
Als die Mutter seine schwache, zitternde, spröde Stimme hörte und voll Furcht in sein gelbes Gesicht blickte, rührte sie in ihrem Mann einen unersöhnlichen Feind der in seinem Herrengelächel voller Verachtung auf den Tiefsterhenden blickte. Sie hatte wenig solche Leute gesehen und fast vergessen, daß sie existierten.  
„Du bist sie an den Rechten gekommen“, dachte sie.  
„Unheilicher Andrej Onissimow Nachodka, ich verhafte Sie!“  
„Weshalb?“ fragte der Kleinrusse ruhig.  
„Das werde ich Ihnen später sagen“, erwiderte der Offizier mit boshafter Höflichkeit. Dann wandte er sich an die Wassowa und schrie sie an:  
„Kannst du schreiben?“  
„Nein!“ erwiderte Pawel.  
„Doch frage ich nicht“, sagte der Offizier streng und fragte noch einmal:  
„Aha, antwort! Kannst du schreiben?“

Die Mutter gab unwillkürlich ihrem Haß gegen diesen Menschen nach; ihr ganzer Leib zitterte, als sei sie in helles Wasser gesprungen, sie richtete sich auf, ihr Narbe wurde purpurrot, und die Augenbraue senkte sich tief herab.  
„Schreien Sie nicht!“ begann sie und streckte die Hand gegen ihn aus. „Sie sind noch ein junges Mönchchen.“ Sie haben noch kein Elend kennengelernt.“  
„Beruhigen Sie sich, Mamma!“ suchte Pawel sie zu halten.  
„Warte, Pawel!“ rief die Mutter und stürzte zum Tisch. „Warum verhalten Sie den Mann?“  
Nikolai wurde heraufgeholt.  
„Mütze ab!“ rief der Offizier, seine Lektüre unterbrechend.  
Rybin trat zu Frau Wassowa; stieß sie mit der Schulter an und sagte leise:  
„Werd nicht hitzig, Mutter...“  
„Wie kann ich die Mütze abnehmen, wenn man mir die Arme festhält?“ überschrie Nikolai das Verlesen des Protokolls.  
Der Offizier warf das Protokoll auf den Tisch.  
„Unterschreiben!“  
Die Mutter sah, wie sie das Protokoll unterschrieben, ihre Erregung legte sich, ihr Zorn schwand, und in ihre Augen traten ohnmächtige Tränen der erlittenen Unbill. Solche Tränen hätte sie während der zwanzig Jahre ihres Lebens in den letzten Jahren aber hatte sie ihren beißenden Geschmack vergessen. Der Offizier sah sie an und meinte mit verächtlichem Gesichtsausdruck:  
„Sie heulen zu früh, Madame! Passen Sie auf, daß weder die Tränen vielleicht nicht reichen!“  
Sie wurde wieder böse und sagte:

## Leuna im Aufbau

Stolze Aufbaureihe der jungen Stadt

Zum ersten Male nach dem Zusammenbruch des Hitlerreiches und zum ersten Male in der Geschichte der jungen Stadt Leuna fand im Februar dieses Jahres eine öffentliche Einwohnerversammlung statt.

Auf der Tagesordnung stand an erster Stelle der Rechenschaftsbericht der Stadtverwaltung. Nach der Begrüßung durch die Vertreter der vier antifaschistischen Blockparteien, Genosse „Leue“ (SPD), ergriff der Bürgermeister der Stadt, Genosse Karl M ö d e r s h e i m (SPD), das Wort zu einem umfassenden und von der zahlreich versammelten Einwohnerschaft mit Beifall aufgenommenen Rechenschaftsbericht.

Wir geben im folgenden nur einige der konkreten Zahlenangaben wieder: Es sind bis heute 60.000 qm Schutt auf den Grundstücken beseitigt, davon allein in Gemeinschaftsarbeit der Bevölkerung ohne jede technische Hilfsmittel 10.000 qm. 5000 qm Dächer sind gedeckt worden und über

200 ha Land

sind für die Ernährungswirtschaft wieder gewonnen worden. 300 Wohnungen sind bereits hergestellt und bezugsfertig. Die öffentlichen Gebäude, insbesondere das schwer beschädigte Rathaus, konnten ihrer Bestimmung wieder zugeführt werden. Alle Schulen sind bereits seit dem 1. Oktober 1945 wieder in Betrieb.

Die Kanalisation der Stadt, die durch die Kriegshandlungen schweren Schaden genommen hatte, ist wieder restlos hergestellt. Damit ist eine drohende Gefahr für die Volksgesundheit beseitigt.

Im Städtel Nord, der am stärksten zerstört war und wo sich kaum ein Ladengeschäft mehr befand, sind alle Läden in Betrieb, ja es wurde sogar dort die erste Verkaufsstelle der Konsumgenossenschaft Solität eröffnet. Der Wiederaufbau der fast zerstörten Gemeinden Ockendorf, Kröllwitz und Daspig sind aufgenommen, und die dort befindlichen landwirtschaftlichen Betriebe werden im kommenden Frühjahr ihren Teil zur

## Sicherung der Ernährungslage

beitragen können. Die Ernährungslage der Stadt im ganzen gesehen, ist ebenfalls gesichert. Als dringlichste Aufgabe für das Jahr 1946 wurden vom Bürgermeister der Neubau von 50 Wohnungen für die Landwirtschaft, Wiederaufbau des Feiernachhauses, des Waldbades, der Turnhallen und Ausbau des Straßennetzes vorgesehen.

Im Anschluß an die Rede des Bürgermeisters sprachen die Vertreter der antifaschistischen Parteien, Genossen W a r n e r (KPD), Dr. Z e p t (CDU), Dr. S c h u b e r t (LDP). Sie betonten gemeinsam, daß alle diese Erfolge nur durch die Einheit und Zusammenfassung aller antifaschistischen Kräfte möglich waren.

## Bauna gibt Beispiel

Die 600-Mann-Belegschaft der Beunauer Kohlenwerke war bereits Anfang Januar 1946 zu 100 Prozent im FDGB organisiert. Welch hohe Bedeutung man in Bauna auch der politischen Organisierung beimisst, ist das Beispiel der Belegschaft mit nahezu 30 Prozent in beiden Arbeiterparteien organisiert ist. Das ist das Ergebnis von nur vier Monaten politischer Aktivität im Betrieb.

## Gewerbeschau für die sowjetische Zone

H. Nachdem in den letzten Monaten mehrere Musterschauen und Ausstellungen mehr örtlichen und bezirklichen Charakters in der sowjetischen Besatzungszone stattgefunden haben, wird nunmehr von der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung die Industrie- und Gewerbeschau für die gesamte sowjetische Zone vorbereitet. Die Schau soll Mitte Juni im Berliner Zeughaus eröffnet werden, das bis dahin gründlich instand gesetzt werden soll. Auf ihr soll vor allem die Industrie, daneben auch der Handel und das Handwerk der sowjetischen Besatzungszone einen Überblick über die neu erworbene Leistungsfähigkeit geben.

„Bei einer Mutter reichen die Tränen für alles... für sie! Wenn Sie eine Mutter haben... die wird das wissen, jawohl!“  
Der Offizier legte die Papiere eilfertig in ein neues Portefeuille mit glänzendem Schloß.  
„Freiheit!“ murmelte der Reviervorstand.  
„Marsch!“ kommandierte er.  
„Auf Wiedersehen, Andrej“, auf Wiedersehen, Nikolai!“ sagte Pawel warm und leise und drückte den Kameraden die Hand.  
„Ganz richtig — auf Wiedersehen!“ wiederholte der Offizier spöttisch.  
Wessowschikow schob laut. Sein dickes Hals war blutunterlaufen, seine Augen funkelten in harte Wut. Der Kleinrusse lächelte, schüttelte den Kopf und sagte der Mutter etwas; die bekräftigte ihn und antwortete:  
„Gott sieht die Gerechten!“  
„Endlich schoben die Leute in den grauen Mänteln in den Flur, klirren mit dem Spieß und verschwand. Als letztes blieb Wassowa; er sah Pawel mit einem aufmerksamen Blick an und sagte nachdenklich:  
„Nun, leben Sie wohl!“  
Dann huschte er in seinen Bart und ging langsam hinaus.  
Pawel schritt mit den Armen auf dem Rücken langsam im Zimmer auf und ab, trat über die Bücher und Wäsche, die auf dem Fußboden lagen, hinweg, und sagte flüsternd:  
„Siehst du, was ich gemacht hab!“  
Die Mutter sah sich verständiglos in dem unordentlichen Zimmer um und flüsterte trüb:  
„Weshalb war Nikolai so grob zu Ihnen?“  
„Wohl vor Schreck“, sagte Pawel leise.  
„Sie sind einfach gekommen, haben ihn gepackt und fortgeführt und murmelte die Mutter und machte eine fragende Bewegung mit den Händen. Der Sohn lüchelte zu Hause; ihr Herz klopfte wieder ruhiger, aber seine Gedanken beschäftigten sich mit dem Geschehen und konnten es nicht fassen.“  
(Fortsetzung folgt)

Jeder hilft mit — auch in der Wohnraum-Beschaffung

Zur restlosen Erfassung des so dringend benötigten Wohnraumes würde folgender Vorschlag etwas Abhilfe schaffen. Gemäß den Verordnungen der Wohnraumlenkung (unterbelegte Wohnungen usw.) sind vielfach Untermieter durch das Wohnungsamt eingewiesen worden. Zum großen Teil haben aber die Eingewiesenen von sich aus die Unterkunft gewechselt oder sind von Halle verzogen. Dem Wohnungsamt fehlt hierüber jede Kontrolle, um die freigewordenen Wohnräume mit Hilfe der Polizei und den Straßenbeauftragten einzersetzen, müßte eine Regelung getroffen werden, um leer gewordene Zimmer sofort zu bestimmten Gründen meist jede derartige Meldung, wenn dadurch vielen Menschen geholfen werden kann, und somit vergebliche Wege erspart bleiben. Bei Anbete der zur Verfügung stehenden Zimmer ist es ratsam, die Größe des Zimmers und die Bettenzahl mit anzugeben.

Gemeinsame Schulung der SPD und KPD im Stadtdil Südwest

Im Parteilokal Böllberg fand ein dritter gemeinsamer Schulungabend der Funktionäre beider Parteien statt. Gen. Seidel (SPD) zeigte das Wesen wirklicher Demokratie auf, als den Weg zu wahren Sozialismus. Gen. Lebnig (KPD) gab einen geschichtlichen Überblick der Jahre von 1918 bis 1933. Er erwähnte die Fehler dieser Periode und zog daraus die notwendigen Schlussfolgerungen. Keine Polemik, sondern positive Kritik, nur kann uns dem einigen Ziel näher bringen. Das Lied „Brüder zur Sonne, zur Freiheit“ beschloß den Abend.

Meldepflicht beim Amt der Arbeit

Bei Aufstellung der Hauslisten zur Ausgabe der Lebensmittellisten haben die Straßenbeauftragten festgestellt, daß immer noch arbeitspflichtige Personen vorhanden sind, die sich beim Amt der Arbeit nicht gemeldet haben. Unter Hinweis auf meine Anordnung über die Meldepflicht beim Amt der Arbeit Halle und dem zu dieser Anordnung ergangenen ersten Aufruf vom 6. September 1945 — veröffentlicht in den Amtlichen Mitteilungen der Stadt Halle Nr. 38 vom 6. September 1945 — werden diese Personen ersucht, sich bis spätestens Ende dieses Monats beim Amt der Arbeit Halle, Voßstraße 1, zu melden.

Dabei weise ich darauf hin, daß nach Ziffer 20 des Belehls Nr. 3 des Kontrollrates vom 17. Januar 1946 — veröffentlicht in allen Tageszeitungen — Personen, die ihrer Meldepflicht beim Amt der Arbeit nicht nachkommen, mit Geldstrafe bis zu 1000 RM, oder mit Gefängnis bis zu 3 Monaten bestraft werden. Entsprechend dieser Bestimmung wird künftig gegen jeden, der seiner Meldepflicht nicht genügt, Strafverfahren gestellt werden.

Der Leiter des Amtes der Arbeit.

Neuregelung des Versicherungswesens

Freiwillige und Pflichtversicherung

Zur Aufklärung über die in der Provinz Sachsen erfolgte Neuregelung des Versicherungswesens wird seitens des Vorstandes der Sach- und Lebensversicherungsanstalt der Provinz Sachsen folgendes zur allgemeinen Kenntnis gebracht:

Es haben sich zwei Versicherungsarten herausgebildet, über die jedermann in eigenem Interesse informiert sein muß, und zwar: erstens die Pflichtversicherung und zweitens die freiwillige Versicherung. Die Pflichtversicherung (Versicherungszwang) bezieht sich auf die Feuerversicherung von Gebäuden und die der Fertigung dienenden Betriebsanlagen, auf die Haftpflichtversicherung für Kraftfahrzeughalter und auf die Hagelversicherung. Diese Pflichtversicherungen können nur bei der Sach- und Lebensmittellversicherungsanstalt der Provinz Sachsen abgeschlossen werden und jedermann, der zur Pflichtversicherung benötigt ist und die Versicherungen bisher noch nicht auf die Anstalt übertragen hat — die Hagelversicherung ist noch in der Vorbereitung —, ist verpflichtet, auch von sich aus dafür zu sorgen, daß er seinen gesetzlichen Pflichten nachkommt. Darüber hinaus besteht die Anordnung, daß die Beiträger zu den Pflichtversicherungen für das laufende Versicherungsjahr bis spätestens zum 15. Februar bei

den Vertretungen und Zahlstellen der Anstalt eingeschalt werden.

Die freiwillige Versicherung hingegen bezieht sich auf alle Objekte und Versicherungsarten, die vorstehend nicht benannt worden sind. Nachstehende drei Versicherungsunternehmen sind auf Grund der Verordnung des Präsidenten der Provinz Sachsen die Trägerin des Versicherungsschutzes für die freiwilligen Sach- und Lebensversicherungen im Räume der Provinz Sachsen: Sach- und Lebensversicherungsanstalt der Provinz Sachsen in Halle, Neue Magdeburger Versicherungsgesellschaft auf Gemeinnützigkeit in Magdeburg, „Wilhelma“, Magdeburger Versicherungsverein auf Gemeinnützigkeit in Magdeburg.

Auf diese Unternehmen sind die Bestände der nicht mehr zum Geschäftsbetrieb zugelassenen deutschen Versicherungsgesellschaften zu übertragen. Davon sind ausgenommen die Lebensversicherungsbestände der „Volksfürsorge“ und die „Kranken- und Sterbegeldversicherungen“. Die Versicherungsnehmer werden demnach — in den meisten Fällen von ihren bisherigen Stellen — über die Fortführung ihrer Versicherungen benachrichtigt. Inwieweit Versicherungsschutz bei der Sach- und Lebensversicherungsanstalt der Provinz Sachsen genommen haben, verbleibt es dabei.

Lebensmittellisten frei Haus

Das Amt für Handel und Versorgung teilt mit: Die Straßenbeauftragten verteilen am Sonnabend und Sonntag von Haus zu Haus die Lebensmittellisten für März 1946 an die Versorgungsberechtigten. Nicht angetroffene Versorgungsberechtigte haben sich die Lebensmittellisten vom Straßenbeauftragten abzuholen. Die grüne Haushaltsausweisliste ist dem Straßenbeauftragten vorzulegen. Umstellungen in der Lebensmittellistenversorgung auf Grund nachträglich vorgelegter Arbeitsbescheinigungen und die Erfassung der Versorgungsberechtigten, die in die Hausliste der Straßenbeauftragten nicht aufgenommen werden konnten, können in der zuständigen Bezirksverteilungsstelle erfolgen. Eine nachträgliche Annahme Versorgungsberechtigter in die von den Straßenbeauftragten aufgestellte Hausliste ist nicht möglich. Versorgungsberechtigte, die ihre Arbeitsbescheinigung erst nachträglich beibringen können, haben diese vor Einreichung bei der Bezirksverteilungsstelle ihrem Straßenbeauftragten vorzulegen. Vom 21. bis einschließlich 23. Februar bleiben die Bezirksverteilungsstellen geschlossen. An diesen Tagen werden nur An- und Abmeldungen entgegengenommen.

Die Reideburger Schulkindererspung

Als die Frage auftauchte: Wie bringen wir unsere Kinder über den Winter? ist sofort gehandelt worden. Auf Initiative der Antifaschistischen Blockes und unseres Bürgermeisters wurde ein Ausschuß ins Leben gerufen, der die Aufgabe gestellt erhielt: „Bekümmert euch darum, wie wir unsere Kinder im Winter zusätzlich versorgen können. Jede Unterstützung durch Gemeindeverwaltung habt ihr zu erwarten.“

Inerhalb von 8 Tagen ist bereits im Dezember ein Hilfswerk geschaffen worden, das sich sehen lassen kann. 550 Reideburger Schulkinder erhalten durch den Gemeinschaftsverein der Einwohner täglich ein warmes Essen ohne Abgabe von Lebensmittellisten und ohne Bezahlung. Dabei ist fast in jedem Schlag Essen Fleisch. Es müssen allein 7 Kochfrauen beschäftigt werden, die in einem vollen Arbeitsverhältnis stehen. Wie ist das möglich? Die Reideburger Gemüsebauern haben ihren Teil beigesteuert, aber auch die Bevölkerung bezahlt gern den Aufschlag von 30 Pfennig bei Kinobesuch oder Tanzvergnügen für das Hilfswerk. Man kann unser Bürgermeister und dem Ausschuß nur versichern, daß hier etwas geschaffen wurde, was seinegleichen sucht.

KPD — SPD

Gemeinsame Mitgliederversammlungen

Donnerstag, den 21. Februar, 19.30 Uhr: Beesenaußerschan — Besedau — Mukrona Referent Runge, Trebnitz Referent Kreh, Kötzna Referent Petersdorf, Leubsdorf-U-Palitz-Tebitz-Bebitz Referent Schönbrodt, Dommitz-Dalena Referent Klink, Hoheneck-Kirchdau-Mittel-edlau Referent Ellrich.

Freitag, den 22. Februar, 19.30 Uhr: Löhelja Referent Riemer, Niesdorf — Priester-Merbitz Referent Kreh, Wuskau — Schlettau Referent Wolliam, Kaitenmark-Kroszig Referent Petersdorf, Teicha Referent Schönbrodt, Walwitz Referent Klink, Sennewitz Referent Ellrich, Seeben-Gutenberg Referent Frank, Brachstedt 20 Uhr bei Mennicke.

Sonntag, 23. Februar, 19.30 Uhr: Schwärz, Dammendorf, Spickendorf Referent Brenner, Oppin, Reichsdorf Referent Petersdorf, Mörtlich-Toranu Referent Riemer, Peißen Referent Franke, Zöberitz Referent Weide.

Sonntag, 24. Februar, 15 Uhr: Wettla Referent Brenner, Lettowitz Referent Runge, Dössel-Döbitz Referent Kreh, Lettin Referent Schönbrodt, Schiepzig Referent Klink, Dölu Referent Ellrich.

Wetterbericht vom 20. Februar

Wetterausichten, gültig bis 21. Februar, abends: Wechselnd bewölkt, zeitweise Regen- oder Schneefälle. Temperaturen nachts um 0 Grad, am Tage zwischen 0 und +4 Grad. Mäßige, zeitweise stark aufräuhende Winde aus westlichen Richtungen. Aussichten für die nächsten Tage: Wechselnd bewölkt, kühl, zeitweise Niederschläge. SA am 21. 7.15; SU 17.36; MA am 21. 2. 23.38; MU am 22. 2. 9.49 Uhr.

Hier spricht Leipzig

Programmschau für Freitag, 22. Februar: 6.00 Nachrichten. 8.15 Laß dich wecken mit Musik. 8.50 Für den Landwirt: Unsere Neusiedler bei der Arbeit. 9.00 Gymnastik. 9.10 Mitteldeutsche Nachrichten. 9.25 Fortsetzung: Laß dich wecken mit Musik. 9.30 Nachrichten und Programmvorschau. 9.35 Es spielt die Kapelle Fred Dömlke: Musik am Vormittag. Dazu 8.30 Wasserstandsmitteilungen. 9.30 Sendung. 9.35 Mädel. 9.45 Nachrichten für Länder und Provinzen. 10.00 Programmvorschau. 10.15 Musik am Vormittag aus Weimar. 11.00 Nachrichten. 11.15 bis 12.00 Sendungen. 12.00 Nachrichten. 12.15 Tischkonzert (I. Teil) von Johann, Joseph und Richard Strauß. 12.45 Wortsendung. 14.00 Tischkonzert (2. Teil). 15.00 Nachrichten. 15.10 Die Stimme der Kultur. 16.00 Nachrichten. 16.10 Zur Unterhaltung. 16.30 Die Stimme des deutschen Gewissens. 17.00 Mitteldeutsche Nachrichten. 17.45 Telexkonzert. Es spielt die Kapelle Oswald Halden, Gertr. Müller singt, Gerhard Winkler am Flügel. Darzwischen 17.30 Nachrichten. 18.00 Nachrichten. 18.15 Für sie spielt das RBT-Orchester. 18.30 Frauenklub. 19.00 Jugendmusik. 19.15 Kleines Solistenkonzert zur Unterhaltung. 19.15 Telexkonzert. 20.00 Nachrichten und Wetterbericht. 20.15 Aus der Welt der Operette. 22.00 Kurznachrichten. 22.05 Zeitzeichen. 22.15 Tausend Worte. 24.05 Telexkonzert. 24.15 Telexkonzert. 24.30 Nachrichten. 24.45 Telexkonzert. 24.50, 01. 1. Satz, von Ludwig van Beethoven. 0.00 Nachrichten. 0.10 Schlußsendung.

FLICK, FLOCK, FLAUM, DIE ZWERGE



Unsre Zwerg waren sehr erpicht aufs Fahren. Siehe da, nach kurzer Zeit bot sich schon Gelegenheit.



Ohne lang zu fragen ging es auf den Wagen. Bis der Fuhrmann hier traf ein mußten sie verschwunden sein.



Seht, wie man auf Erden unsichtbar kann werden, ohne jeden Spuk dabei, ohne alle Hexerei.



Kaum, daß in dem runden Faß sie sich befunden, kam der Fuhrmann, frisch gestärkt, und er hat sie nicht bemerkt.

Volksblatt

Wochenzeitung für Kinder in der Provinz Sachsen

Jahrg. 1946 Donnerstag, 21. Februar Nr. 8

Die Schatzgräber von Braunlage

Im 18. Jahrhundert wurden in vielen Städten Deutschlands kleine Bienen gedruckt, in welchen man kriechend herumlaufen konnte. Denn kamme man in drei geheimnisvolle Höhlen, zu führen. Er traf sich am 10. Oktober 1768 mit dem Forstater Crämer im einzigen Wirtshaus in Braunlage. Man hätte zehn Bergleute angeworben, denen man zwar Andeutungen machte, worum es sich handelte, aber die volle Wahrheit sagte man nicht. Um in Braunlage zu gelangen, mußte man durch einen Ort gehen, der heute noch ein altes Bergwerk und entdeckte bei dieser Gelegenheit einen neuen Kupfergang.

Bei den Jermestenen angekommen, begann man gleich mit der Arbeit. Tatsächlich stieß man im Gestein auf eine kleine Vorhöhle, die zwei Meter breit und vier Meter lang war. Der Landrat prüfte und jubelte und tanzte vor Freude. Aber der Eingang, der ins Innere der Erde führen sollte, wurde nicht gefunden, so sehr sich die Arbeiter bemühten, und so viel Främen von an zweifelhafte Schatzschauern versprochen und gezahlt wurden. Der Traum vom Golde war und blieb aus! Man entließ die Bergleute wieder unverrichteter Sache. Der Forstater Crämer schrieb seinen Bericht an den Herzog von Braunschweig und teilte ihm das negative Er-





# Vorläufige Satzung des FDGB

## Beschlossen auf der Gewerkschafts-Delegiertenkonferenz für das sowjetisch besetzte deutsche Gebiet

### Einleitung

Zweck und Ziel der gewerkschaftlichen Zusammenschlüsse der Arbeiter und Angestellten ist die gemästete Vertretung ihrer Interessen zur Besserung ihrer gesellschaftlichen und sozialen Lage und Erweiterung ihrer Rechte.

Die Erfahrung lehrt, daß nur eine starke, einheitliche, nach demokratischen Grundsätzen geführte Gewerkschaftsbewegung Gewähr für die Erreichung dieses Zieles bietet. Die neuen Freien Gewerkschaften werden deshalb auf der Grundlage echter Toleranz alle Arbeiter und Angestellten zusammenfassen, die bereit sind, für eine demokratische Ordnung des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens zu kämpfen.

Mitglieder der Freien Gewerkschaften können alle Arbeiter und Angestellte werden, ohne Rücksicht auf Geschlecht, Glaubensbekenntnis, Rasse, Partei, Staatszugehörigkeit und Vorbildung.

Die Gewerkschaften werden ihre Mitglieder zur Solidarität und zum Klassenbewußtsein erziehen und die geistige Fortbildung der Werktätigen fördern.

Die neuen Freien Gewerkschaften in Deutschland bilden eine Kampfeinheit zur völligen Vernichtung des Faschismus und aller militärisch-imperialistischen Kräfte, sie setzen sich ein für die rückhaltlose Anerkennung des Vorranges des arbeitenden Menschen. Sie fordern daher maßgebenden Einfluß auf die Selbstverwaltungsorgane in Gemeinde und Staat. Sie verlangen vollen Mitbestimmungsrecht in der Führung der Wirtschaft. Diesem muß in der gesamten Produktion, vom Einzelbetrieb bis zur höchsten Spitze der Zentralverwaltungsorgane, durchgesetzt werden.

Die Gewerkschaften setzen sich ein für den Ausbau der sozialpolitischen Gesetzgebung, für ein demokratisches Arbeitsrecht und für den Aufbau einer einheitlichen Sozialversicherung.

Die freie deutsche Gewerkschaftsbewegung betrachtet die Beschlüsse des Weltgewerkschaftskongresses für sich als bindend.

### § 1

#### Zweck und Aufgaben des FDGB

Die im Freien Deutschen Gewerkschaftsbund vereinigten Arbeiter und Angestellten setzen sich für die Durchführung folgender Aufgaben ein:

1. Erziehung der Arbeiterschaft im Geiste des Antifaschismus, des demokratischen Fortschritts und des Erkennens ihrer sozialen Lage, sowie zur Solidarität.
2. Restlose Ausschaltung aller Faschisten, Kriegsverbrecher und deren Helfertäter aus städtischen und staatlichen Verwaltungen, aus Wirtschaft, Handel und Verkehr. Kampf gegen die faschistische Ideologie und alle militaristischen und imperialistischen Tendenzen.
3. Liquidierung übermäßiger kapitalistischer Konzentrationen sowie der Konzerne, Kartelle und Trusts.
4. Ueberwachung der Wirtschaft, um eine neue Rüstungsproduktion zu verhindern.
5. Einsatz aller Kräfte für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft im Rahmen der Potsdamer Beschlüsse.
6. Abschluß von kollektiven Tarifverträgen, die für alle Unternehmer und Beschäftigte des Vertragsbereichs unabdingbar sind.
7. Festsetzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden täglich, im Bergbau auf 7 Stunden für Arbeit unter Tage, soweit nicht durch besondere Schutzbestimmungen eine kürzere Arbeitszeit vorgesehen ist.
8. Schaffung eines einheitlichen Arbeits- und Sozialrechts.
9. Schaffung einer einheitlichen Sozialversicherung mit dem Ziel einer ausschließlich Selbstverwaltung der Versicherten.
10. Schaffung einer einheitlichen, wirkungsvollen Arbeiterschutzgesetzgebung für alle Arbeiter und Angestellten, Frauen und Jugendlichen.
11. Maßgebende Vertretung der Gewerkschaften in den Organen der Gewerkschafts- und Unfallversicherung.
12. Schaffung eines neuen Betriebsgesetzes, das das volle Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte im Betrieb vorsieht.
13. Schaffung einer selbständigen Arbeitsgerichtsbarkeit, die den Abteilungen für Arbeit bei den Selbstverwaltungsorganen untersteht.
14. Kampf für die Gleichberechtigung der Frauen vor allem für die Verwirklichung des Grundsatzes des gleichen Lohnes bei gleicher Arbeit und Leistung.
15. Förderung der geistigen Bildung der Arbeiter und Angestellten, Erschließung aller Kulturgüter und Gestaltung der Freizeit.
16. Förderung der Berufsbildung, vor allem für die Frauen sowie Mitwirkung bei der Lehrlingsausbildung.
17. Vertretung der Mitglieder in Rechtstreitigkeiten.

17. Schaffung von Unterstützungsleistungen in der Sozialversicherung und öffentlichen Fürsorge.

### § 2

#### Mitgliedschaft

Mitglied der Freien Gewerkschaften kann jeder Arbeiter und Angestellte männlichen und weiblichen Geschlechts und jeden Alters, ohne Rücksicht auf Glaubensbekenntnis, Rasse, Partei, Staatsangehörigkeit und Vorbildung werden.

Der Eintritt geschieht durch Ausstellung von Aufnahmebescheinigung, die Zahlung des Eintrittsgeldes bei dem gewerkschaftlichen Vertrauensmann.

Ueber die Aufnahme entscheidet in der Regel die Mitgliederversammlung der Gewerkschaftsgruppe des Betriebes oder der Betriebsabteilung.

Das Mitglied erhält als Ausweis seiner Mitgliedschaft eine Mitgliedskarte, in welche die Gewerkschaftsbeitragsmarken einzukleben sind.

Die Höhe, des Eintrittsgeldes und der Beiträge wird durch eine Beitragsordnung festgelegt.

### § 3

#### Rechte und Pflichten der Gewerkschaftsmitglieder

Die Mitglieder der Freien Gewerkschaften entscheiden über alle Fragen der Gewerkschaftspolitik nach dem Grundsatz des demokratischen Bestimmungsrechtes.

Alle Gewerkschaftsorgane, vom untersten Funktionär bis zur höchsten Gewerkschaftsleitung, müssen durch demokratische Wahlen von den Mitgliedern selbst oder ihren Delegierten gewählt werden. Alle durch demokratische Wahlen gewählten Gewerkschaftsorgane sind beauftragt die Gewerkschaftsmitglieder. Sie können jederzeit aus ihren Funktionen von den Mitgliedern aberufen werden, wenn sie deren Vertrauen nicht mehr besitzen.

Jedes Gewerkschaftsmitglied hat die Pflicht, sich aktiv für die Durchführung der von der Gewerkschaftsbewegung aufgestellten Ziele und Aufgaben einzusetzen. Es hat die Pflicht, alle Funktionen und Gewerkschaftsleitungen bei der Durchführung der Beschlüsse der Gewerkschaften aktiv zu unterstützen.

Die Gewerkschaft hat jedem Mitglied bei der Ausübung seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit vollen Schutz zu gewähren; insbesondere bei Mäheleistung infolge der Tätigkeit für die Gewerkschaften.

### § 4

#### Organisationsaufbau der Freien Gewerkschaften

Die Grundlage des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes ist die Gewerkschaftsgruppe im Betrieb. Alle in einem Betrieb beschäftigten Mitglieder des FDGB gehören der zuständigen Industrieergewerkschaft an. Die Betriebsgewerkschaftsgruppe ist der Träger der gewerkschaftlichen Tätigkeit. Sie fördert und unterstützt die Tätigkeit der Betriebsräte als die Organe aller Arbeiter und Angestellten des Betriebes.

Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund ist auf der Grundlage des Industrieergewerkschaftsprinzips errichtet. Die Abgrenzung erfolgt durch das Verzeichnis der Industrieergewerkschaften, welches einen Teil dieser Satzung darstellt.

Für die Angestellten wird die Bildung von Angestelltengewerkschaften zugelassen. Sie bilden jedoch in Sicherung des einheitlichen gewerkschaftlichen Vorgehens keine besondere Betriebsgewerkschaftsleitung. Sie wählen einen der zuständigen Betriebsgewerkschaftsleitungen angehört.

### § 5

#### Aufbau der Industrieergewerkschaft

Die Betriebsgewerkschaftsgruppe der zuständigen Industrieergewerkschaft ist der Träger der gewerkschaftlichen Tätigkeit. Alle Betriebsgewerkschaftsgruppen des gleichen Industriezweiges an einem Ort werden zusammengefaßt und bilden die Ortsgruppe der jeweiligen Industrieergewerkschaft. Die Ortsgruppen jeder Industrieergewerkschaft bilden zusammen die betreffende Gewerkschaftsorganisation des Kreises, die eines Landes die Landesorganisation der Industrieergewerkschaft, und die der Länder die Reichsorganisation.

Zur Leitung der in einem Ort, Kreis bzw. Bezirk oder Provinz und Ländern zusammengefaßten Industrieergewerkschaften werden besondere Gewerkschaftsleitungen gewählt. In kleineren Orten, wo dies technisch möglich ist, werden Ortsleitungen, der Industrieergewerkschaften von den Mitgliedern selbst in geheimer Wahl gewählt. In größeren Orten und Städten, wo die Zusammenfassung der gesamten Mitgliedschaft nicht möglich ist, insbesondere in den Kreisen bzw. Bezirken, Provinzen oder Ländern, wird die Leitung jeder Industrieergewerkschaftsgruppe einer besonders einberufenen Delegiertenkonferenz gewählt.

Die Anzahl der zu wählenden Delegierten für die jeweiligen Tagungen sowie die Stärke der Mitglieder der Gewerkschaftsleitungen und ihrer Wahl ist in besonderen Satzungen der einzelnen Industrieergewerkschaften festzulegen. Diese Satzungen müssen auf Gewerkschaftsdelegiertenkonferenzen beschlossen werden.

Auf der Grundlage der Satzung des FDGB sind Satzungen der Industrieergewerkschaften auszuarbeiten, in denen die allgemeinen statutarischen Grundsätze auf die besonderen Verhältnisse der einzelnen Gewerkschaften angewandt werden.

Zu den besonderen Aufgaben der Industrieergewerkschaften gehört der Abschluß von Tarifverträgen sowie die Vertretung der Mitglieder in allen gewerkschaftlichen Fragen.

### § 6

#### Die Organe des FDGB

##### Die Betriebsgewerkschaftsleitung

Zur Leitung der Betriebsgewerkschaftsgruppe wird eine Betriebsgewerkschaftsleitung gewählt. Die Wahl erfolgt durch die Mitglieder in geheimer Wahl. Betriebsgewerkschaftsgruppen von 20 bis 50 Mitgliedern wählen eine Betriebsgewerkschaftsleitung in Stärke von 3, bis 300 Mitgliedern von 9, und darüber hinaus von 13 Mitgliedern.

Betriebsgewerkschaftsgruppen mit nicht mehr als 20 Mitgliedern wählen an Stelle der Betriebsgewerkschaftsleitung einen Gewerkschaftsobmann.

##### Gewerkschaftlicher Vertrauensmann

Zur besseren Durchführung der Arbeit der Betriebsgewerkschaftsgruppe und zur Erleichterung und Betreuung der Mitglieder wird auf je 30 Mitglieder ein gewerkschaftlicher Vertrauensmann gewählt. Die Wahl erfolgt in den Betriebsabteilungen durch die gewerkschaftlich organisierten Mitglieder der Abteilung.

##### Aufgaben der Betriebsgewerkschaftsgruppe

Die Betriebsgewerkschaftsgruppe hat die Interessen der Mitglieder in allen Fragen gegenüber dem Unternehmer bzw. der Betriebsleitung wahrzunehmen. Sie hat dafür zu sorgen, daß die von den Gewerkschaften vereinbarten Tarifverträge durchgeführt werden. Sie schließt im Einvernehmen mit dem Betriebsrat eine Betriebsordnung zur Regelung der Arbeitsbedingungen ab und überwacht deren Durchführung.

Zusammen mit dem Betriebsrat hat die Betriebsgewerkschaftsgruppe in Gemeinschaft mit der Betriebsleitung bei den Produktionsaufgaben des Betriebes im Rahmen der allgemeinen gewerkschaftlichen Forderung mitzuwirken. Sie hat ferner die Aufgabe, durch Erhebung seiner Mitglieder den gewerkschaftlichen Einfluß zu stärken.

##### Die Gesamtleitung des FDGB

Die Leitung des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes liegt entsprechend seiner Gliederung in den Händen der zu wählenden Gewerkschaftsvorstände für die Orte, Kreise, Provinzen oder Länder. Das zentrale Organ ist der Vorstand des FDGB für das Reich. Die Leitungen des FDGB werden auf Delegiertenkonferenzen gewählt. Die Wahl der Delegierten zur Stadt- bzw. Kreisdelegiertenkonferenz erfolgt in den einzelnen Industrieergewerkschaften, die entsprechende ihrer abgerechneten Mitgliederzahl Delegierte entsenden.

Die Kreisdelegiertenkonferenz entsendet die Delegierten zur Landesdelegiertenkonferenz. Die Landesdelegiertenkonferenz entsendet die Delegierten zur allgemeinen Gewerkschaftsdelegiertenkonferenz.

Für die Städte, Kreise, Provinzen oder Länder werden auf den Delegiertenkonferenzen als leitende Organe Gewerkschaftsvorstände gewählt. Die Landesvorstände des FDGB, Ortsvorstände Halle des FDGB). Die Vorstände müssen so zusammengesetzt sein, daß die einzelnen Industrieergewerkschaften berücksichtigt werden.

Die Vorstände wählen aus ihrer Mitte einen 1. und 2. Vorsitzenden sowie den geschäftsführenden Ausschuß als durchführendes Organ. Jeder Vorstand muß mindestens einmal im Monat zusammentreten.

Die Ortsvorstände sowie Kreisvorstände bestehen aus 20 bis 30 Mitgliedern. Der geschäftsführende Ausschuß besteht aus 3 bis 7 Mitgliedern, darunter dem 1. und 2. Vorsitzenden.

Der Landes- oder Provinzialvorstand besteht aus 45 Mitgliedern. Der geschäftsführende Ausschuß besteht aus 9 bis 11 Mitgliedern.

Die Vorstände werden auf die Dauer eines Jahres gewählt.

Die Delegierten zu den vorgesehenen Konferenzen müssen nach einer Wahlordnung, die geheime Urwahl vorsieht, gewählt werden.

### § 7

#### Aufgaben der leitenden Gewerkschaftsorgane des FDGB

Allen Organen des FDGB obliegt die Pflicht, die Industrieergewerkschaften auf der Grundlage ihrer speziellen Industrie- und Betriebsaufgaben in den einheitlichen Wirken anzuhelfen und die Gewerkschaften für die Durchführung der großen Aufgaben der deutschen Gewerkschaftsbewegung zu leiten. Sie haben im Rahmen ihres Wirkungskreises besonders folgende Aufgaben zu erfüllen.

1. Vertretung der gemeinsamen Interessen der Arbeiter und Angestellten.
2. Ausnutzung aller zur Verfügung stehenden Mittel für die Popularisierung und Erhellung der Aufgaben und Ziele des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes. Erhellung des Programms für die Verwirklichung dieser Aufgaben sowie die Begründung von Entscheidungen in bestimmten Fragen.
3. Organisation des gemeinsamen Kampfes aller Industrieergewerkschaften gegen alle

Verstöße reaktionärer Elemente gegen die wirtschaftlichen und sozialen Rechte der Arbeiterschaft und der demokratischen Freiheiten.

4. Für einen ständigen Kontakt zwischen allen, dem FDGB angehörenden Industrieergewerkschaften zu sorgen und deren brüderliche Unterstützung und Hilfe bei der Arbeit zu organisieren.

5. Dafür zu sorgen, daß innerhalb der Gewerkschaftsbewegung das demokratische Bestimmungsrecht der Mitglieder gewährleistet und durchgeführt wird. Alle Funktionäre in den Organisationen, vom untersten Vertrauensmann bis zur höchsten Instanz, müssen auf demokratischem Wege gewählt werden.

Das demokratische Mitbestimmungsrecht der Mitglieder muß oberstes Gesetz der neuen Freien Gewerkschaften sein.

6. Systematische Informations- und Erfahrungsaustausch über die Gewerkschaftsarbeit mit dem Ziel einer Festigung der Solidarität in der Gewerkschaftsbewegung.

7. Für eine ständige Heranziehung der weiblichen und jugendlichen Mitglieder zur aktiven Arbeit in der Gewerkschaft Sorge zu tragen.

### § 8

#### Besondere Kommissionen

Zur Durchführung ihrer umfangreichen Arbeiten wählen die Gewerkschaftsvorstände besondere Kommissionen unter Hinzuziehung geeigneter Mitglieder, die nicht den Vorständen im Ort, Kreis, Bezirk oder der Provinz anzugehören brauchen.

Eine Kommission für

- a) Sozialpolitik,
- b) Wirtschaft,
- c) Technik,
- d) Presse,
- e) Schulungs- und Kulturfragen
- f) Arbeiterrechtsfragen,
- g) Jugendfragen,
- h) Frauenfragen.

### § 9

#### Organe des FDGB

Zur Veröffentlichung der Mitteilungen des FDGB und zur Förderung der Zwecke der Freien Deutschen Gewerkschaftsbewegung gibt der FDGB eine Tageszeitung „Die Freie Gewerkschaft“ heraus.

Der Landes- bzw. Provinzialvorstand kann regelmäßig ein gewerkschaftliches Funktionärblatt herausgeben, in dem die Fragen der einzelnen Industrieergewerkschaften erörtert werden können.

### § 10

#### Mitgliedsbeiträge und Finanzierung

Die erforderlichen finanziellen Mittel werden durch Mitgliederbeiträge aufgebracht.

Die Mitgliedsbeiträge sind vom Lohnempfänger in Wochenbeiträgen, von Gehaltsempfängern in Monatsbeiträgen zu entrichten. Für alle Industrieergewerkschaften gelten einheitliche Beiträge, deren Höhe durch Beitragsordnungen von den Provinzial- bzw. Landesvorständen festgelegt wird.

##### Beitragsverteilung

Die Gewerkschaftsbeiträge werden grundsätzlich durch den Vertrauensmann in den einzelnen Abteilungen des Betriebes oder der Verwaltung kassiert.

Nur von Mitgliedern, die keiner Betriebsgewerkschaftsgruppe angehören können, werden die Beiträge durch besondere Hauskassierer eingezogen.

### § 11

#### Geltung der Satzung und der Beschlüsse des FDGB

Die Satzung sowie alle Beschlüsse der Delegiertenkonferenzen des FDGB sind für alle Industrieergewerkschaften sowie für alle Mitglieder der Freien Gewerkschaften bindend.

Diese vorläufige Satzung hat Geltung, bis sie durch die endgültige Satzung abgelöst wird. Letztere soll auf der Delegiertenkonferenz beschlossen werden, die spätestens bis zum 1. September 1946 nochmals zusammentritt.

#### Schulungsarbeit

Wer erkennt hat, worum es geht und gewillt ist, mitzuarbeiten im Kampf um eine bessere Zukunft, hat die Aufgabe, durch zarte Aufklärungsarbeit die noch indifferenten Arbeiter zum Denken zu bringen, sie aufzurütteln, damit sie sich einreihen in die Front der aufbauwilligen Kräfte.

Viele gute Genossen haben den Willen, Aufklärungsarbeit zu leisten, sie müssen aber erst zu fähigen Genossen herangebildet werden. Die Arbeiterpartien und Gewerkschaften müssen es als eine ihrer größten Aufgaben betrachten, die bereits aktiven Kollegen und Genossen zu schulen, damit sie die ihnen erwachenden Aufgaben erfüllen können. Die Schulungsarbeit ist besonders nötig auf dem Lande, denn hier bietet sich den Genossen zu wenig Gelegenheit, ihr Wissen zu bereichern.

Solange noch nicht genügend Schulungskurse stattfinden, weil es an Schulungslernern und an Zeit fehlt, müssen die Funktionäre sich gegenseitig schulen, einer muß vom anderen lernen. In den Orts- und Betriebsgruppen müssen die Genossen sich zusammenfinden und Stellung nehmen zu den Fragen der Weltpolitik. Die Arbeit ist selbst Aufgabe stellen, denn gerade die Lösung schwieriger Aufgaben ist ein gutes Schulungsmittel.

G. Grünwaldt

Kreisdelegiertenkonferenz des FDGB des Kreises Querfurt

# Aufgaben und Rechte der Betriebsräte

Beschlossen auf der Gewerkschafts-Delegiertenkonferenz für das sowjetisch besetzte deutsche Gebiet

Der Nazismus hat der Arbeiter- und Angestelltenschaft die wichtigste Faktor des Produktionsprozesses, sofort nach seinem Machtantritt jedes demokratische Mitbestimmungsrecht im Betrieb genommen. Die Verwirklichung des nazistischen Führerprinzips im Betrieb war die Durchföhrung des Willens des Rüstungsindustriellen, den Arbeiter und Angestellten zu einem „Gefolgsmann“ zu machen, der seine Arbeitskraft widerspruchslos einsetzt für den totalen Krieg zur Ausraubung und Unterjochung der Völker Europas.

Die Verwirklichung der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz, die vorsehen, die lokale Selbstverwaltung wird in ganz Deutschland nach demokratischen Grundsätzen, und zwar durch Wahlschüsse (Räte), so schnell wie es mit der Wahrung der militärischen Sicherheit und den Zielen der militärischen Besetzung vereinbar ist, wiederhergestellt, wird von der Demokratisierung des betrieblichen Lebens entscheidend beeinflusst werden.

## Die Bildung der Betriebsräte

1. Innerhalb der Betriebe sind freigestellte Betriebsräte zu schaffen unter Beachtung der Freien Gewerkschaften, auf deren Macht gestützt, die Interessen der Arbeiter und Angestellten zu vertreten haben.

Als Betrieb gelten alle Betriebe, Geschäfte und Verwaltungen des öffentlichen und privaten Rechts einschließlich der Betriebe der Landwirtschaft sowie Nebenbetriebe und Betriebe der Hausgewerbetreibenden.

2. Wahlberechtigt und wählbar sind alle gelernten und ungelerten Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellte, die das 18. Lebensjahr erreicht haben. Als Angestellte gelten in den Privatunternehmungen nicht die Geschäftsführer und Betriebsleiter, sobald ihnen Unternehmervollmachten in der Geschäftsföhrung des Betriebes erteilt sind.

3. Zur Durchführung der Betriebsrätewahlen wird ein Wahlvorstand in Stärke von 3 Wahlberechtigten gebildet. Ueberall dort, wo bereits ein Betriebsrat besteht, wählt derselbe aus seiner Mitte 4 Wochen vor Ablauf der Wahlperiode einen Wahlvorstand. In den Betrieben, in welchen noch kein Betriebsrat besteht, wählen die Mitglieder der Gewerkschaftsgruppe des Betriebes.

## Aufgaben der Betriebsräte

5. Der Betriebsrat vertritt die Arbeiter und Angestellten im Betrieb. Die Säuberung der Betriebe von faschistischen Elementen aus leitenden Stellungen, die Ausrottung der nazistischen, militaristischen und imperialistischen Ideologie ist vom Betriebsrat mit allen Kräften zu betreiben. Jeder Versuch zur Aufrechterhaltung oder Entwicklung konzernmäßiger Bindungen oder der Einrichtung einer getarnten oder versteckten Arbeitsfront ist vom Betriebsrat schärfstens zu bekämpfen.

Der Betriebsrat hat besonders folgende Aufgaben:

- Dafür zu sorgen, daß die zugunsten der Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellten erlassenen Gesetze und Verordnungen durchgeführt und eingehalten werden.
- Mitbestimmen bei der Gestaltung der Produktion und Arbeitsplanung für die Zwecke des friedlichen Bedarfs.

An allen Verhandlungen und Besprechungen über Fragen des Betriebes, der Produktion und Arbeitsplanung im Betrieb und der Behörden teilzunehmen und solche anzunehmen und zu verlassen. Der Betriebsrat entsendet Vertreter in die Plan-Abteilung des Betriebes, kontrolliert die Preisbildung und die richtige Verteilung der produzierten Güter.

## Rechte und Pflichten der Betriebsräte

6. Alle Bekanntmachungen des Unternehmers innerhalb des Betriebes bedürfen der Gegenzeichnung des Betriebsrates. Bekanntmachungen, die nicht die Unterschrift des Betriebsrates tragen, haben keine Gültigkeit.

7. Der Vorsitzende oder sein Stellvertreter sind zur Vertretung des Betriebsrates gegenüber allen Instanzen befugt.

Zur Durchführung seiner Tätigkeit beschließt der Betriebsrat eine Geschäftsordnung, in welcher die Abhaltung von Sprechstunden, die Durchführung regelmäßiger Betriebsratssitzungen und Betriebsversammlungen festgelegt werden.

8. Im Interesse der besseren Durchführung und Erfüllung ihrer betrieblichen Aufgaben sollen die einzelnen Betriebsratsmitglieder besondere A. jahrengebiete übernehmen.

Je nach der Größe des Betriebes sind weitere Mitglieder der Belegschaft durch Bildung von Kommissionen für die einzelnen Aufgabengebiete zur Mitarbeit heranzuziehen. Für die Dauer ihrer Mitarbeit verstehen diese Mitglieder den Schutzbestimmungen für Betriebsräte.

Zur Erledigung der laufenden Geschäftsaufgaben des Betriebsrates sollen von der Arbeit freigestellt werden:

- bei mehr als 100 Beschäftigten der Vorsitzende mindestens von einem Tag in der Woche, bei 300 bis 599 Beschäftigten der Vorsitzende oder ein anderes Betriebsratsmitglied an allen Tagen der Woche,
- bei 600 bis 1000 Beschäftigten zwei und für jedes weitere Tausend ein weiteres Betriebsratsmitglied für alle Tage der Woche.

Unberührt bleibt hiervon die Tätigkeit aller weiteren Betriebsratsmitglieder und der vom Betriebsrat bestimmten Arbeiter und Angestellten, die im Interesse des Betriebsrates in bestimmten Kommissionen tätig sind.

Zwei Jahre wurde der Betrieb beherrscht von der deutschen Militärsatzung, die durch Kasernenhelfer, Kadavergehoras, blinder Unterwerfung unter Befehle jeden eigenen Willensausdruck der Betriebsstätigen unterdrückte.

Der hohe Gedanke kameradschaftlicher Solidarität wurde systematisch untergraben durch die Einführung eines niedrigen Streber- und Angeltums.

Das nachfolgende Gesetz über die Bildung, Aufgaben und Rechte der Betriebsräte geben den Arbeitern und Angestellten die Stellung im Betrieb, die ihrer großen Bedeutung im Produktionsprozeß entspricht.

In den Händen der Betriebsstätigen selbst liegt es, daß der Betrieb durch den eigenen geschlossenen Willen aller Arbeiter und Angestellten zu einer Produktionsstätte der Sicherung des Friedens, des Wiederaufbaus und der Wiedergutmachung wird.

Betriebsrat in einer Mitgliederversammlung des Wahlvorstandes. Dasselbe trifft zu, wenn ein bestehender Betriebsrat seiner Verpflichtung, einen Wahlvorstand zu wählen, nicht nachkommt. In Betrieben, wo keine Gewerkschaftsgruppe besteht, ist es Aufgabe der örtlichen gewerkschaftlichen Belegschaftsleitung, für die Bildung des Wahlvorstandes und die Durchführung der Wahl Sorge zu tragen.

Der Wahlvorstand kann zur technischen Durchführung der Wahl geeignete Wahlberechtigten mit heranziehen.

4. Der Wahlvorstand hat die Mitglieder des Betriebsrates spätestens eine Woche nach erfolgter Wahl zur Vornahme der Konstituierung zu einer Sitzung zusammenzubringen. Alle späteren Sitzungen beruft der Vorsitzende des Betriebsrates ein.

Der Betriebsrat wählt aus seiner Mitte mit einfacher Stimmenmehrheit einen 1. und 2. Vorsitzenden und einen Schriftführer.

Besteht der Betriebsrat aus 9 oder mehr Mitgliedern so wählt er für die enere Geschäftsföhrung aus seiner Mitte 5 Mitglieder, den 1. und 2. Vorsitzenden, den Schriftführer und 2 Beisitzer.

## Aufgaben der Betriebsräte

- Es ist Aufgabe des Betriebsrates, die Wahl von Akkordkommissionen zu veranlassen, die zusammen mit den Kulkularen die Akkordsätze festsetzen und bei auftretenden Differenzen eine Entscheidung treffen.
- Volles Mitbestimmungsrecht bei der Einstellung und Entlassung oder Versetzung von Belegschaftsmitgliedern.
- Beschwerden aller Art der Belegschaftsmitglieder entgegenzunehmen und für deren Abstellung bei dem Unternehmer Sorge zu tragen.

f) Für die Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren im Betrieb zu sorgen und die zuständigen Organe durch Anregung, Beratung und Auskunft zu unterstützen sowie auf die Durchführung der Bestimmungen des Arbeitsrechts und der Unfallversicherungschriften zu achten.

g) Bei Arbeitsbeschränkungen für eine ihren Kräften und Fähigkeiten entsprechende Beschäftigung Sorge zu tragen und sie durch Rat und Anregung zu unterstützen.

h) Bei der Schaffung und Verwaltung sozialer Einrichtungen mitzubestimmen.

i) Nationalsozialistische, militaristische und sonstige volksfeindliche Tendenzen und Bestrebungen im Betrieb zu bekämpfen und entgegen zu wirken.

genommen hat. Die Ausführung der gemeinsam mit den Gewerkschaften und Belegschaften des Unternehmers gefaßten Vereinbarungen oder Beschlüsse übernimmt die Betriebsleitung. Der Vollzug der Ausführung ist dem Betriebsrat nachzuweisen.

10. Zur Erfüllung seiner Aufgabe hat der Betriebsrat die Pflicht, jederzeit in die Handels- und Geschäftsbücher des Unternehmers einzusehen. Der Unternehmer ist dem Betriebsrat gegenüber zu jeder Erläuterung verpflichtet.

Der Unternehmer ist verpflichtet, dem Betriebsrat jede Betriebsratsanfrage zur Einsichtnahme vorzulegen und zu erläutern. In dem Unternehmungen, für die ein Aufsichtsrat besteht, einemunt der Betriebsrat 2 Betriebsratsmitglieder in den Aufsichtsrat, um die Interessen und Forderungen der Arbeiter und Angestellten zu vertreten. Die Vertreter haben in allen Sitzungen des Aufsichtsrates Sitz und Stimme. Verstößen die Beschlüsse des Aufsichtsrates gegen das Interesse der Betriebsleitung und dem Betriebsrat sowie zwischen den Gewerkschaften und dem Unternehmer vereinbarten Verträge sowie gegen das Interesse des deutschen Volkes, so hat der Betriebsrat die Pflicht, bei der zuständigen Aufsichtsbehörde gegen diese Beschlüsse Einspruch zu erheben.

Die vom Betriebsrat in den Aufsichtsrat entsandten Vertreter haben gegenüber dem Betriebsrat keine Schweigepflicht. Diese sind dem Betriebsrat für ihre Handlungen voll verantwortlich. Sie können vom Betriebsrat jederzeit zurückberufen und durch andere Mitglieder ersetzt werden.

11. Der Betriebsrat hat die Pflicht, den Arbeitern und Angestellten und Arbeiterinnen des Betriebes durch regelmäßige Betriebsversammlungen Gelegenheit zu geben, zu den Betriebsangelegenheiten und den Fragen der Interessen der werktätigen Volksmasse zu nehmen. Die Beschlüsse der Belegschaftsversammlung müssen richtunggebend sein für die Aufgaben der Belegschaft und die Arbeit des Betriebsrates. Kann nach der Natur oder der Größe des Betriebes eine gleichzeitige Versammlung aller Belegschaften nicht stattfinden, so ist die Betriebsversammlung in Teilversammlungen durchzuführen. Der Unternehmer ist zur Betriebsversammlung nur einzuladen, wenn seine Anwesenheit erforderlich ist. Er kann vom Betriebsrat die Einberufung einer Betriebsversammlung verweigert werden, es für die Betriebsverhältnisse als notwendig erachtet. Der FDGB hat das Recht, Vertreter mit beratender Stimme in die Betriebsversammlungen zu entsenden.

Der Vorsitzende des Betriebsrates ist verpflichtet, auf Verlangen von mindestens einem Viertel der Arbeiter und Angestellten eine Betriebsversammlung einzuberufen.

12. Die Mitglieder des Betriebsrates und ihre Stellvertreter verwalten ihr Amt als Ehrenamt ohne besondere Vergütung.

Notwendige Versäumnis von Arbeitszeit darf eine Minderung der Entlohnung oder Gehaltszahlung nicht zur Folge haben.

Die durch die Geschäftsföhrung entstehenden Kosten einschließlich etwaiger Aufwandserschädigungen trägt der Unternehmer. Gleichfalls hat der Unternehmer alle nötigen Bedarfsgegenstände, die zur Geschäftsföhrung des Betriebsrates nötig sind, zur Verfügung zu stellen. Die notwendigen Räume für die Abwicklung der Geschäfte des Betriebsrates, der Betriebsratssitzungen und Sprechstunden sowie Betriebsversammlungen stellt der Unternehmer oder hat hierfür die notwendigen Kosten aufzubringen. Ueber die Notwendigkeit der Geschäftsbedürfnisse sowie über ausreichende und geeignete Räume für die Geschäftsföhrung fallen die Erhebungs- und Leistungs- und Beiträgen für irgendwelche Zwecke des Betriebsrates durch den Betriebsrat ist unzulässig.

Der Ausbaß der Betriebsvertretungen

13. Betriebsräte sind zu schaffen in allen Betrieben, in welchen in der Regel ein Angestellter 15 wahlberechtigter Arbeiter und Angestellter beschäftigt sind. In allen Betrieben, wo in der Regel weniger als 15 Arbeiter und Angestellte beschäftigt sind, ist ein Betriebsobmann zu wählen. In Betrieben mit nicht mehr als 3 Be-

schäftigten hat die Interessenvertretung die ständige Gewerkschaftsorganisation wahrzunehmen.

Der Betriebsrat besteht in Betrieben mit 4 bis 15 Beschäftigten aus 1 Obmann und 1 bis 3 Mitglieder

100 bis 1.000 Beschäftigten aus 3 Mitgliedern

1.000 " 5.000 " " 5 " "

5.000 " 10.000 " " 7 " "

10.000 " 20.000 " " 9 " "

20.000 " 50.000 " " 11 " "

Für jede weiteren 20.000 erhöht sich die Zahl um 1 Mitglied bis zur Höchstzahl von 15.

15. Die Amtsdauer der Betriebsräte und der Betriebsbelegschaften beträgt 1 Jahr. Die Betriebsrätewahlen werden in allen Betrieben und Unternehmungen zu einem bestimmten Zeitpunkt durchgeführt. Die Mitgliedschaft im Betriebsrat erlischt durch Niederlegung, durch Beendigung des Arbeitsvertrages oder durch Verlust des Wahlrechts. Bei grober Verletzung seiner Pflichten gegenüber der Belegschaft kann ein Mitglied des Betriebsrates das Amt durch Urabstimmung entzogen werden. Die Urabstimmung ist vom Betriebsrat durchzuführen, ein Viertel der Wahlberechtigten es verlangt.

Scheidet ein Mitglied aus, so tritt es Ersatzmitglied nach den Bestimmungen der Wahlordnung ein. Dies gilt auch für das Eintreten der Ersatzmitglieder als Stellvertreter für zeitweilig verhinderte Betriebsratsmitglieder. Die Ersatzmitglieder werden der Reihe nach aus den nichtgewählten, aber noch wählbaren Personen entnommen.

Sobald die Gesamtzahl der Betriebsratsmitglieder und Ersatzmitglieder unter die vorschrittsmäßige Zahl der Betriebsratsmitglieder sinkt, ist zu einer Neuwahl zu schreiten. Das gleiche gilt im Falle des Rücktritts des gesamten Betriebsrates. Beim Rücktritt des gesamten Betriebsrates findet ein Eintreten von Ersatzmitgliedern nicht statt.

Ist eine Neuwahl des Betriebsrates notwendig, so bleiben die Mitglieder des alten Betriebsrates so lange im Amt, bis der neue Betriebsrat gewählt ist.

16. Alle Aufgaben, Rechte und Schutzbestimmungen der Betriebsräte finden sinngemäß Anwendung auf solche Betriebe, wo an Stelle eines Betriebsrates ein Betriebsobmann zu wählen ist.

## Schutz der Betriebsräte

Der Gewerkschafts-Delegiertenkonferenz

17. Dem Unternehmer ist untersagt, die Arbeiter und Angestellten bei der Ausübung des Wahlrechts zum Betriebsrat, bei gewerkschaftlicher Betätigung, bei der Ausübung ihrer Tätigkeit als Betriebsrat zu behindern oder zu benachteiligen.

Mitglieder des Betriebsrates, Betriebsbelegschaften, Gesamtbetriebsratsmitglieder und Ergänzungsmitglieder und auch alle Mitglieder vom Betriebsrat eingesetzter Kommissionen stehen für die Dauer ihrer Amtsfähigkeit in unkündbarem Verhältnis.

18. Die Organe des Freien Gewerkschaftsbundes haben das Recht, an allen Betriebsratssitzungen und Verhandlungen mit beratender Stimme teilzunehmen. Die Funktionäre

Thüringen braucht Stricker und Weber

Weimar (SNB). In Thüringen werden jetzt Anlernkurse für Stricker durchgeführt, weil die Aufgaben für die Strickerel- und Wirkereibetriebe umfangreicher geworden sind und die Produktionsbezirke Apolda und Mülhausen zur Ausnutzung ihrer Kapazität die dreifache Anzahl von Facharbeitern brauchen. In Greiz läuft der erste Kursus für Weber, in welchem 350 weibliche Personen ausgebildet werden. Von der fünften Woche ab werden die Anlernkurse entlobt wie Facharbeiter.

schäftigen hat die Interessenvertretung die ständige Gewerkschaftsorganisation wahrzunehmen.

Der Betriebsrat besteht in Betrieben mit 4 bis 15 Beschäftigten aus 1 Obmann und 1 bis 3 Mitglieder

100 bis 1.000 Beschäftigten aus 3 Mitgliedern

1.000 " 5.000 " " 5 " "

5.000 " 10.000 " " 7 " "

10.000 " 20.000 " " 9 " "

20.000 " 50.000 " " 11 " "

Für jede weiteren 500 erhöht sich die Zahl um 2 Mitglieder bis zur Höchstzahl von 30.

14. Bei den Unternehmungen und Verwaltungen der Länder- und der Gemeindeverbände, die sich über einen größeren Teil des Reichs- oder Landes- oder mehrere Gemeindebezirke erstrecken, sowie die größeren Städte, die in Bezirksverwaltungsstellen eingeteilt sind, wird die Bildung von Einzel- und Gesamtbetriebsräte sowie die Abgrenzung ihrer Befugnisse gegeneinander in Anlehnung an den Aufbau der Unternehmung oder Verwaltung im Verordnungswege geregelt. Das gleiche gilt für die Schaffung von Betriebsräten für die Betriebe der See- und Binnenschifffahrt und für die Betriebe und Gewerbezweige, für die ihrer Natur nach der Errichtung und Tätigkeit der Betriebsräte besondere Schwierigkeiten entgegenstehen. Die hierbei erwählten Vertretungen haben alle in diesem Gesetz den Betriebsräten erteilten Aufgaben, Rechte und Befugnisse. Die Verordnung wird erlassen von den jeweils zuständigen Verwaltungen der Länder und Provinzen in vollem Einvernehmen mit den zuständigen Gewerkschaften. Sie darf gegen die Bestimmung dieses Gesetzes nicht verstoßen.

Die Wahl des Gesamtbetriebsrates erfolgt in der Weise, daß in einer Versammlung aller Einzelbetriebsräte ihrer Mitte in gemeinsamer Wahl bis zu 3 Mitgliedern ein Gesamtbetriebsrat wählen. Die Vorschläge zur Wahl des Gesamtbetriebsrates werden von der Versammlung der Einzelbetriebsräte gemacht. Es sind mindestens 1 bis 3 Mitglieder mehr vorzuschlagen, als benötigt werden.

Der Gesamtbetriebsrat besteht in Betrieben von

100 bis 1.000 Beschäftigten aus 3 Mitgliedern

1.000 " 5.000 " " 5 " "

5.000 " 10.000 " " 7 " "

10.000 " 20.000 " " 9 " "

20.000 " 50.000 " " 11 " "

Für jede weiteren 20.000 erhöht sich die Zahl um 1 Mitglied bis zur Höchstzahl von 15.

15. Die Amtsdauer der Betriebsräte und der Betriebsbelegschaften beträgt 1 Jahr. Die Betriebsrätewahlen werden in allen Betrieben und Unternehmungen zu einem bestimmten Zeitpunkt durchgeführt. Die Mitgliedschaft im Betriebsrat erlischt durch Niederlegung, durch Beendigung des Arbeitsvertrages oder durch Verlust des Wahlrechts. Bei grober Verletzung seiner Pflichten gegenüber der Belegschaft kann ein Mitglied des Betriebsrates das Amt durch Urabstimmung entzogen werden. Die Urabstimmung ist vom Betriebsrat durchzuführen, ein Viertel der Wahlberechtigten es verlangt.

Scheidet ein Mitglied aus, so tritt es Ersatzmitglied nach den Bestimmungen der Wahlordnung ein. Dies gilt auch für das Eintreten der Ersatzmitglieder als Stellvertreter für zeitweilig verhinderte Betriebsratsmitglieder. Die Ersatzmitglieder werden der Reihe nach aus den nichtgewählten, aber noch wählbaren Personen entnommen.

Sobald die Gesamtzahl der Betriebsratsmitglieder und Ersatzmitglieder unter die vorschrittsmäßige Zahl der Betriebsratsmitglieder sinkt, ist zu einer Neuwahl zu schreiten. Das gleiche gilt im Falle des Rücktritts des gesamten Betriebsrates. Beim Rücktritt des gesamten Betriebsrates findet ein Eintreten von Ersatzmitgliedern nicht statt.

Ist eine Neuwahl des Betriebsrates notwendig, so bleiben die Mitglieder des alten Betriebsrates so lange im Amt, bis der neue Betriebsrat gewählt ist.

16. Alle Aufgaben, Rechte und Schutzbestimmungen der Betriebsräte finden sinngemäß Anwendung auf solche Betriebe, wo an Stelle eines Betriebsrates ein Betriebsobmann zu wählen ist.

der Gewerkschaften dürfen bei der Ausübung ihrer gewerkschaftlichen Funktionen im Betrieb nicht behindert oder benachteiligt werden. Maßregelungen oder Entlassung wegen Ausübung gewerkschaftlicher Funktionen sind unzulässig. Die Gewerkschaften ist, zum Zweck einer weitestgehenden Unterstützung der Betriebsräte bei der Durchführung der Aufgaben jegliche Unterstützung zu gewähren.

Schlußbemerkung

Die Gewerkschafts-Delegiertenkonferenz ersucht die Besatzungsbehörde, zu erlauben, daß im Sinne der vorstehenden Richtlinien über Aufgaben und Rechte der Betriebsräte in den Ländern und Provinzen Verordnungen beschlossen werden.

Formkästen für neuartige Holzleget

Die Metallwarenfabrik Müller & Gühmann, Kahla/Thüringen, hat die Herstellung von Formkästen zur Anfertigung von neuartigen Holzlegeten, die eine horizontale und vertikale Durchföhrung des Meißerwerkzeuges gewährleisten, in Angriff genommen. Holzlegetindustrie und Baugewerbe dürften durch die Neuerung einen bedeutenden Auftrieb erfahren.

Wien (SNB). Die österreichische Regierung hat beschlossene, der Sozialistischen Partei alles Eigentum zurückzuerstatten, das sie von der Regierung zurückerhalten hat, das sie im Jahre 1934 beschlagnahmt worden war.